Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 228. Mittag-Ausgabe. Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Freitag, den 17. Mai 1878.

Die That eines auf Irrwege gerathenen Menschen, welcher anscheinend nach Meinem von Gottes gnädiger Fügung so lange beschützten Leben trachtete, hat zu ungemein zahlreichen Kundgebungen der Treue und Anhänglichkeit an Mich Veranlassung gegeben, die Mich tief gerührt und innig erfreut haben. Nicht allein aus dem ganzen Deutschland, sondern auch vielfach aus dem Auslande — von Behörden, Corporationen, Vereinen — von Privatpersonen aller Lebenskreise und aller Lebensalter ist Mir bethätigt worden, daß das Herz des Volkes bei seinem Kaiser und Könige ist und daß es Gutes und Trauriges treu mit ihm empfindet. Dasselbe Gefühl habe Ich insbesondere auch hier in jedem Auge gelesen, in welches Ich nach diesem Vorfall gesehen, und Ich bin in der That tief und warm von der würdigen und erhebenden Art berührt worden, in welcher die Bevölkerung Berlins Mir ihr Mitgefühl gezeigt hat. Ich wünsche, daß Jeder, der Mir seine Theilnahme bethätigte, auch wissen möge, daß er damit Meinem Herzen wohlgethan hat und beauftrage Ich Sie zu diesem Zwecke, das Vorstehende bekannt zu machen.

Berlin, den 14. Mai 1878.

Wilhelm.

An den Reichskanzler.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

49. Sitzung vom 16. Mai.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Hofmann, Michaelis u. A.

Ohne Debatte erledigt das Haus in zweiter Berathung die Uebersichten der Ausgaben und Einnahmen des Deutschen Reiches für 1876 und 1. Quartal 1877 und die Zusammenstellung der Liquidationen über die aus der französischen Kriegskostenentschädigung zu ersetzenden Beträge.

Es folgt der Bericht der Budgetcommission über den Gesetz-Entwurf, betreffend den Spielkartenstempel, der nach der Vorlage im ganzen Reich gleichmäßig in einer Höhe von 50 Pf. für jedes Kartenspiel von 36 oder weniger Blättern und von 1 Mark für jedes andere Spiel erhoben werden und dessen Ertrag in die Reichskasse fließen soll. Die Commission hat im Sinne einer Petition von 20 Spielkarten-Fabrikanten den Stempel auf 30 resp. 50 Pf. herabzusetzen vorgeschlagen, während ein Antrag der Abgg. v. Benda, Lucius, Windthorst und v. Helldorff den Stempel von 30 Pf. belassen, aber den für die Spiele von mehr als 36 Blättern auf 80 Pf. erhöhen will.

Die Abgabe von Spielkarten war in den verschiedenen deutschen Staaten bisher eine sehr verschiedene und trug den einzelnen Landeskassen in Summa 1,220,000 M. ein. Die höchste Abgabe wurde in Sachsen erhoben; für Tarokkarten 1 M. 50 Pf., für französische 1 M., für deutsche 50 Pf., für andere 1 M. 5 Pf. pro Kopf der Bevölkerung; in Baiern 30 resp. 60 Pf. für kleine resp. größere Spiele, in Preußen 30 resp. 80 Pf., in Würtemberg 40 Pf. für Tarok-, 20 für andere Karten, in Hamburg für jedes Spiel 10 Pf., in Bremen 50 Pf. u. s. w. Keine Abgabe von Spielkarten wird erhoben in Baden, Mecklenburg-Strehlitz, Lübeck und Elsaß-Lothringen. Die oben erwähnte (Darmstädter) Petition bemerkt in Bezug auf den letzteren Umstand: Die süddeutschen Staaten, theils ohne, theils mit geringem Stempel verbrauchen eine Masse billiger Karten, welche ausschließlich aus süddeutschen Fabriken stammen, ein Theil dieser Karten, welche namentlich in Baden und Elsaß-Lothringen gespielt werden, verträgt absolut keinen Stempel, ein anderer nur einen mäßigen, weil man die Spiele nach einmaligem Gebrauch fortwirft. Mit dem Tage der Einführung eines Stempels überhaupt werden die noch vorräthigen Spielkarten gedachter Art ganz oder doch theilweise entwerthet, ebenso werden die zur Herstellung dieser billigen Sorten nöthigen Formen, Maschinen, Geräthe, Papiere u. s. w. werthlos.

Eine Petition des Fabrikanten Bünte in Darmstadt sucht nachzuweisen, daß die Sätze von 30, resp. 50 Pf. auf Baden, die Reichslande, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck ausgedehnt, bei einem Ertrage von $3^3/_{10}$ Pf. pro Kopf der Bevölkerung, wie er jetzt bereits in dem Gebiete des Kartenstempels aufgebracht wird, für den Reichsfiscus vortheilhafter sein würden, als die hohen Sätze von 50 Pf. und 1 Mark, welche eine Verminderung des Kartenverbrauchs um ¼ herbeiführen würden. Jetzt verbrauchen 14 Köpfe in dem Stempelgebiet 1 Spiel, das würde im gesammten Reichsgebiet bei 42 Millionen Bevölkerung einen Verbrauch von 3 Millionen Spielen ergeben, darunter 200,000 für Whist und L'Hombre. Der Petent warnt vor der Gewährung von Stempelcredit: „Spielkarten sind kein Object für den Pump.... Nur der reiche Fabrikant, der Werthpapiere in Depot giebt, hätte Nutzen davon, der weniger Bemittelte muß sofort berappen.... Der Kartenstempel von 50 und 100 Pf. kann dem Reiche keine Mehreinnahme schaffen, wohl aber furchtbares Elend bei den Fabrikanten und deren Arbeitern anrichten." Als Steuerobjecte empfiehlt er dem hohen Bundesrath 1) Jagdkarten à 20 Mark, Ertrag 2 Millionen, 2) Feuer-, Lebens-, Unfalls-, Vieh-, Hagel-, Transport-, Glas-, See-Versicherungspolicen und Prämienquittungen von Privat- wie Staats-Instituten bei 1 Proc. von der Prämie, mindestens aber 50 Pf., Ertrag 10 Millionen Mark, 3) Kalender à 5—20 Pf. per Stück, Ertrag 2—300,000 Mark.

Referent Abg. Mosle erkennt in der Vorlage den ersten Schritt zur Herstellung eines einheitlichen Stempelsteuergebietes. Zur Sache selbst bemerkt er, daß die Spielkarten von weniger als 52 Blättern keineswegs ausschließlich von den ärmeren Klassen gebraucht werden, da Piquet und Sechsundsechzig, die Lieblingsspiele höherer Stände, ebenfalls mit kleinen Spielen gespielt werden. Diese letzteren sind vorzugsweise in Süddeutschland beliebt, die von 36 Karten speciell in Baiern für das dort sehr verbreitete Tarok, so daß die betreffende Bestimmung der Vorlage als eine clausula bajuvarica erscheint. Die Budgetcommission war der Ansicht, daß der geringere Stempelsatz von 50 Pf., der bereits in vielen deutschen Staaten besteht und sich dort bewährt hat, den Verbrauch der Spiele von 52 Karten steigern wird. In Preußen, in einem Theil von Oldenburg, in Anhalt und einem Theil von Sachsen-Koburg-Gotha beträgt der Stempel für diese Spiele 80 Pf. Die Abgg. v. Benda und Genossen beantragen nun den preußischen zum deutschen Stempel zu machen und erwarten davon einen Vortheil für die Reichskasse, während die Commission eben diesen Effect von dem geringeren Satz erwartet. Zwar ist der größte Theil des deutschen Volkes an den Satz von 80 Pf. gewöhnt, vielleicht gewöhnt sich eben dieser größte Theil daran, die Karten häufiger zu wechseln. Es geschieht das auch in besseren Gesellschaften (in Preußen) nicht so oft, wie in anderen Bundesstaaten, in denen der Stempel geringer ist. In Hamburg wurden früher bei einem Stempel von 4 Schilling oder 30 Pf. ungefähr 50,000 Spiele gestempelt, bei dem Stempel von 10 Pf. 110,000 und der Ertrag stieg von 4500 auf 11,000 Mark. Dieselbe Erfahrung hat man in Oesterreich und Frankreich gemacht. In Frankreich nahm in Folge der allzustarken Erhöhung des Kartenstempels das Kartenspiel überhaupt ab und an seine Stelle trat in den Restaurationen das Domino. In Oesterreich werden sogenannte „Waschkarten" hergestellt, die weniger schmutzig werden, sich waschen lassen (in Bremen würde man sagen: „geschrubbt") und wieder geschnitten werden. Eine Petition ist der Meinung, daß diese gefirnißten Waschkarten noch höher besteuert werden müßten, um ihre Einführung zu verhindern. Das kann man aber abwarten.

Abg. v. Benda. Unser Vorschlag beruht auf der Erwägung, daß die Karten unter 36 Blättern vorzugsweise von den ärmeren Klassen, Arbeitern, Soldaten u. s. w., die über 36 Blätter enthaltenden Spiele hauptsächlich von den besser Situirten benutzt werden. Allerdings erleidet diese Annahme Modificationen, aber im Großen und Ganzen ist sie richtig. Der Unterschied liegt nicht in der Zahl der Karten, sondern ist begründet durch die Verschiedenheit der Gesellschaftsklassen, von denen sie benutzt werden. Es ist ungerecht, den Stempel der Karten über 36 Blätter gleich um die Hälfte, den der unter 36 Blätter nur um 20 Pf. zu ermäßigen. Dadurch werden die Kassen der wohlhabenden Clubs und Casinos entlastet, die Kassen der ärmeren Klassen aber belastet. Das ist keine gedeihliche Reform des Spielkartenstempels. Der Herr Referent erwartet aus dem niedrigeren Stempel einen höheren Ertrag; er hofft also, daß in Folge des geringeren Stempels künftig mehr Personen spielen werden als bisher. Diese Annahme ist irrig. Wer jetzt nicht spielt, wird auch durch die Spielstempel-Ermäßigung nicht zum Spiel geführt werden. Ich empfehle die Annahme unseres Antrages.

Abg. v. Frankenstein: Bei Begründung der Commissionsvorschläge hat der Herr Referent bemerkt, daß der vorliegende Gesetzentwurf nur der Anfang dazu sei, um das gesammte Stempelsteuerrecht der Einzelstaaten auf das Reich übergehen zu lassen. Dieses Motiv, von dem in der Commission nicht die Rede war, veranlaßt uns, gegen das Gesetz zu stimmen. Wir können nicht zugeben, daß die Finanzlage der Einzelstaaten geschädigt wird. Die Kartenspiele unter 36 Blättern werden nicht hauptsächlich in Baiern, wie der Herr Referent anführte, verwendet, sondern auch in Mitteldeutschland, theilweise sogar in Norddeutschland. Gegen den Antrag Benda habe ich Bedenken, denn wenn man den Stempel zu hoch feststellt, werden die Karten viel länger gebraucht werden als sonst.

Abg. Retter: Nicht nur in Baiern, sondern auch bei uns in Würtemberg werden hauptsächlich Kartenspiele unter 36 Blättern verwendet. Dem Antrag Benda kann ich nicht zustimmen; denn mit dem Stempel wird auch der Fabrikationspreis der Karten erhöht, die alsdann aus besserem Material hergestellt werden, um dauerhafter zu sein. Dadurch wird der Preis der Karten für die ärmeren Volksklassen ganz ungebührlich erhöht. Im Interesse der kleinen Leute und der höheren Einnahme empfehle ich die Anträge der Commission.

Abg. Richter (Hagen): Allerdings ist in der Commission keineswegs davon die Rede gewesen, daß aus der Annahme dieses Gesetzes irgend welche Consequenzen für die Uebernahme weiterer Stempelsteuern auf das Reich zu ziehen seien. Auch ich betrachte die Annahme des Gesetzes keineswegs als ein Engagement, zumal der Spielkartenstempel eine Verbrauchsabgabe ist, und nicht eine Verkehrsabgabe, wie sie bei anderen Stempelsteuern in Betracht kommt. Dem Abg. v. Benda gegenüber, der da meint, die Commission wolle die Kassen der Wohlhabenden schonen, aber die der Arbeiter belasten, bemerke ich, daß der von der Commission für die Karten unter 36 Blätter vorgeschlagene Stempelsatz von 30 Pf. dem jetzt in Preußen bestehenden Satz entspricht, so daß also keine Erhöhung eintritt. Für die Ermäßigung des Stempels der Karten mit 52 Blättern war in der Commission die Rücksicht auf den höheren Ertrag maßgebend. Für diese Ansicht spricht der Umstand, daß jetzt in Preußen unter dem Satz von 80 Pf. für 52er Karten nur 200,000 Spiele abgesetzt wurden, gegen 1,600,000 von 36er Karten, die mit 30 Pf. besteuert werden. Allerdings ist nicht anzunehmen, daß bei der Ermäßigung mehr Leute spielen werden als bisher, aber es wird mit denselben Karten nicht so lange gespielt werden, wie bei dem höheren Stempel, zwar nicht im Millionär-Club, aber doch in den weiten Kreisen der minder Bemittelten. Bei hohem Stempel werden die Karten für längeren Gebrauch von vornherein entsprechend hergestellt, die Fabrikationskosten erhöhen sich; man zahlt also nicht blos höheren Stempel, sondern auch einen höheren Anschaffungspreis. Der Satz von 50 Pfennigen entspricht der Zahl von 52 Karten, der von 30 Pfennigen der Zahl von 32 Karten. Jedenfalls sollte der Versuch gemacht werden, ob sich bei diesen Sätzen eine höhere Einnahme erzielen läßt.

Bundescommissar Geh. Rath Girth: Die Commission hat in der Absicht, der Reichskasse einen erhöhten Ertrag des Spielkartenstempels zuzuführen, eine Ermäßigung der von der Regierung vorgeschlagenen Tarifsätze befürwortet. Die Regierung glaubt nicht, daß dadurch der gewollte Zweck erreicht wird, und befürchtet nicht, daß die geringe Erhöhung für die meisten Bundesstaaten, welche sie vorgeschlagen hat, eine Mindereinnahme herbeiführen wird. Ich will hier gleich dem Irrthum einiger Vorredner entgegentreten, welche bestreiten, daß die Kartenspiele mit geringerer Blätterzahl nur in den weniger bemittelten Bevölkerungsschichten gebraucht würden. Die Spiele von 32 resp. 36 Blättern werden fast ausschließlich in den Bauernwirthshäusern und niederen städtischen Schanklocalen gebraucht; zudem sind diese Spiele an und für sich billiger. In Preußen verhält sich der Ertrag aus den größeren Spielen zu dem aus den kleineren wie 1 : 3; die Zahl der größeren Spiele zu der der kleineren verhält sich wie 1 : 8. In Baiern verhält sich der Ertrag wie 1 : 5⅓, die Zahl der Spiele wie 1 : 11. In Sachsen ist das Verhältniß nach der Zahl der Spiele wie 1 : 28. Diese Zahlen geben wohl genügenden Beweis für die Unrichtigkeit jener von einigen Vorrednern aufgestellten Behauptung. Zum Beweise dafür, daß die von der Regierung vorgeschlagenen Erhöhungen eine Mindereinnahme nicht zur Folge haben werden, möchte ich eine Vergleichung der Einnahmeresultate auf den Kopf der Bevölkerung mit den Steuersätzen in den verschiedenen Bundesstaaten vornehmen. Sachsen-Altenburg hat den höchsten Steuersatz von 90 bis 25 Pf. und auch die höchste Einnahme pro Kopf 6,95 Pf. Nächstdem liefert den größten Ertrag pro Kopf Bremen mit einem Steuersatze von 50 Pf. für jedes Spiel. Im Ertrage pro Kopf folgt jetzt Sachsen mit den höchsten Steuersätzen im Reich von 1,50 resp. 0,50 Mark; ihm folgen die beiden Reuß mit denselben Steuersätzen. Baiern hat die niedrigen Sätze von 60 resp. 30 Pf. pro Spiel und erzielt dennoch einen Ertrag von 4,69 Pf. pro Kopf. In Baiern ist aber auch das Kartenspiel bei der ländlichen Bevölkerung sehr beliebt. Also die Staaten mit den höchsten Steuersätzen liefern auch die höchsten Erträge, während die niedrigeren Steuersätze das entgegengesetzte Resultat ergeben.

Von unten angefangen, liefert Hessen mit dem geringsten Steuersatz von 15 Pf. für kleinere Spiele auch nur einen Ertrag von 1,16 Pf. pro Kopf; dann kommt von unten Waldeck mit 1,35 Pf. pro Kopf. Hamburg hat die sechste Stelle von unten, trotz seines niedrigen Steuersatzes von 10 Pf. pro Spiel. Der Grund dieser beachtenswerthen Thatsache liegt wohl in der Eigenschaft Hamburgs als Hauptverkehrsplatz Norddeutschlands und in der Thatsache, daß es durch seine Steuercontrole die in den anderen Staaten in großem Umfange vorkommenden Defrauden durch die directe unversteuerte Versendung an die Consumenten unmöglich macht. Die von der Regierung vorgeschlagenen Steuersätze sind also schon jetzt in vielen Bundesstaaten in Geltung — Preußen hat 80 resp. 30 Pf. — die geringe Erhöhung wird also eine Verminderung des Consums nicht zur Folge haben. Die höheren Schichten, welche große Spiele gebrauchen, werden sich daran nicht kehren und die mittleren werden auch künftig die in Casinos, feinen Restaurants &c. bereits benutzten, aber nicht völlig abgenutzten Spiele benutzen. Die kleineren Spiele werden auch in Zukunft bis zur Unkenntlichkeit strapazirt und abgenutzt werden. Die Waschkarten sind nicht zu fürchten. sie kosten gerade so viel mehr als der Stempel erhöht ist; außerdem sind sie unbequem zum Spielen. Trotz der wohlwollenden Absicht der Commission bitte ich die auf Erfahrung gestützten Vorschläge der Regierung in § 1 anzunehmen. Sollten Sie das ablehnen, dann bitte ich Sie, einen Durchschnittssatz festzusetzen aus den Steuersätzen in den verschiedenen Bundesstaaten unter Berücksichtigung der bezüglichen Bevölkerungszahl. Dieser Durchschnittssatz würde 30½ resp. 74 Pf. betragen. Hinter diesem bleiben die Vorschläge erheblich zurück und würden einen erheblichen Ausfall gegen die bisherigen Erträgnisse verursachen. Dagegen würde der Antrag v. Benda diesem Durchschnittssatz ziemlich entsprechen und diesen bitte ich eventuell anzunehmen.

Referent Mosle hat nur gesagt, daß die Vorlage den Weg zeige, auf welchem eventuell eine einheitliche Reichsstempelsteuer herbeigeführt werden könne; er hat auch nicht behauptet, daß sich infolge der Ermäßigung des Stempels die Zahl der Kartenspieler vermehren werde, sondern nur, es werde dann ein häufigerer Wechsel der Karten eintreten. Der Vertreter der Regierung sagt: nur ein hoher Steuersatz ergebe hohe Erträge, die Budget-Commission ist der entgegengesetzten Meinung.

Bei der Abstimmung wird § 1 der Vorlage und der Antrag v. Benda, letzterer mit 115 gegen 108 Stimmen abgelehnt, und der § 1 nach dem Vorschlage der Commission fast einstimmig genehmigt.

Die §§ 4—7 handeln von der Erhebung des Stempels bei den Fabrikanten. Spielkartenfabriken dürfen nur an solchen Orten errichtet werden, wo eine zur Wahrnehmung der steuerlichen Aufsicht geeignete Zoll- und Steuerbehörde sich befindet. Ueber die Handhabung der steuerlichen Controle bei der Fabrikation, Aufbewahrung, Versendung u. s. w. der Spielkarten soll ein besonderes Regulativ erlassen werden. § 7 der Vorlage wollte die Möglichkeit gewähren, einen Steuercredit mit angemessenen Fristen gegen Sicherheitsstellung zuzulassen. Die Commission hat diese Bestimmung gestrichen, dagegen den Rest des § 1, welcher Steuer-Erlaß oder Ersatz durch die oberste Finanzbehörde des betreffenden Bundesstaates für den Fall, daß gestempelte Karten durch einen unverschuldeten Zufall zum Gebrauch untauglich geworden sind, gestattet, angenommen.

Abg. v. Behr beantragt, die Regierungsvorlage betreffs des Steuer-Credits wiederherzustellen. Abg. Richter will von Steuererlaß im Falle des Untauglichwerdens ganz absehen und will nur eine Erstattung gezahlter Steuern haben. Außerdem beantragt v. Benda, im Laufe der Discussion die Dauer der zu bewilligenden Fristen für den Steuercredit auf 3 Monate zu fixiren.

Die §§ 4—6 werden ohne Debatte angenommen.

Zu § 7 motivirt Abg. Scipio den Antrag Behr damit, daß, wenn auch die Steuer eine Fabrikatssteuer sei, dennoch die Intention des Gesetzes dahin gehe, das Kartenspiel mit der Steuer zu belasten und nicht die wirthschaftliche Thätigkeit, welche sich mit der Fabrikation der Karten befaßt. Die Nichteinführung des Steuercredites werde eine Vertheuerung der Karten zur Folge haben, da der Fabrikant auch die Zinsen für die verauslagte Steuer auf den Preis werde schlagen müssen.

Abg. Richter (Hagen): Wenn überhaupt ein Steuercredit gegeben werden soll, so müssen wir auch die Frist für denselben fixiren. Die Bewilligung eines solchen Credits ist aber hier nicht angebracht und ist die Commission nur in Folge von Petitionen der Interessenten zur Aufhebung dieser Bestimmung der Regierungsvorlage gelangt. Dieser Credit würde nur den größeren Fabrikanten, welche Werthpapiere zum Depot geben können, zu Gute kommen, während kleinere Fabrikanten sofort „berappen" müssen, wie sich die Petition des Fabrikanten Bünte ausdrückt. In dieser Petition ist auch bemerkt, daß nur eine Stimme sich für die Bewilligung des Steuercredits ausgesprochen hat.

Commissarius Geh. Rath Girth: Die Creditgewährung ist für die Fabrikanten nothwendig, weil die Steuer ungefähr dem Preise der Spielkarten gleichkommt. Zudem ist die Auslage für die Steuer erheblich und beläuft sich bei größeren Fabriken auf 80- bis 100,000 M. jährlich. Gerade für die kleineren Fabrikanten ist die Creditbewilligung vortheilhaft, weil diese nicht in der Lage sind, so erhebliche Steuerbeträge voraus zu bezahlen und den Abnehmern, die 3 Monate Ziel haben, zu creditiren. Die ausstehenden Steuern beliefen sich in Preußen, wo wir nur wenige Fabriken haben, am Schlusse des Jahres 1874 auf 374,125 M., 1875 auf 345,738 M., 1876 auf 338,711 M., bei einem durchschnittlichen Gesammtsteuerertrag von 703,000 M. Der Credit ist also in Preußen stark in Anspruch genommen worden. Was die Frist für die Creditbewilligung betrifft, so würde dieselbe die Dauer von 6 Monaten nicht überschreiten.

Abg. Richter (Hagen) bemerkt, daß von 20 Firmen, die sich an den Reichstag gewendet hätten, 10 für und 10 gegen den Steuercredit sich ausgesprochen; es läge kein Grund vor, denselben zu bewilligen, da die Interessenten selbst darüber getheilter Meinung seien. Namentlich brauche der Fabrikant gar nicht Spielkarten in Masse stempeln zu lassen, sondern gerade so viel, als er brauche.

Berichterstatter Abg. Mosle motivirt den Commissionsbeschluß, unter Hinweis auf die vom Abg. Richter erwähnte Petition. Wenn der Regierungscommissar die Steuerbewilligung mit Rücksicht darauf befürwortet habe, daß das Geschäft hauptsächlich Creditgeschäft sei, so liege hier die beste Gelegenheit vor, einmal das Creditwesen einzuschränken. Der Antrag Richter würde nur angenommen werden können, wenn der Steuercredit nicht genehmigt werde; anderenfalls erledige sich dieser Antrag von selbst.

Hierauf wird der Paragraph in der Fassung des Commissionsbeschlusses mit den Amendements Behr (Schmoldow) und von Benda angenommen. Die §§ 8—23 werden ohne Debatte genehmigt.

§ 24 bestimmt, daß von dem Zeitpunkt der Wirksamkeit dieses Gesetzes ab nur mit dem Reichsstempel versehene Spielkarten verwendet werden dürfen. Kartenfabrikanten und -Händler und Inhaber öffentlicher Locale müssen ihren Gesammtvorrath an Spielkarten der Steuerbehörde nach näherer Vorschrift des Bundesraths anmelden. Auf die zu entrichtende Reichsstempelabgabe ist der Betrag der von den nachzustempelnden Karten bereits entrichteten landesgesetzlichen Abgabe abzurechnen. Andere Personen können die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes in ihrem Besitz befindlichen ungestempelten oder mit einem geringeren Landesstempel als dem Reichsstempel versehenen Spielkarten innerhalb einer dreimonatlichen Frist bei der Steuerbehörde mit dem Reichsstempel versehen lassen.

Abg. Richter (Hagen) beantragt, den letzten Passus in folgender Weise zu fassen: Andere Personen können die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes in ihrem Besitze befindlichen Spielkarten, soweit sie mit einem gleich hohen oder höheren Landesstempel, als dem Reichsstempel versehen sind, auch ferner gebrauchen, soweit sie aber ungestempelt oder mit einem geringeren Landesstempel, als dem Reichsstempel versehen sind, innerhalb einer dreimonatlichen Frist bei der Steuerbehörde mit dem Reichsstempel versehen lassen.

Mit dieser Aenderung wird § 24 genehmigt.

Nach § 27 soll das Gesetz mit dem 1. Juli 1878 in Kraft treten.

Der Regierungscommissar erklärt, daß die technischen Vorbereitungen zur Durchführung des Gesetzes bis zu diesem Zeitpunkt nicht mehr getroffen werden können und schlägt den 1. Januar 1879 als den geeigneten Zeitpunkt vor.

Auf einen Antrag des Abg. Grumbrecht wird als Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes der 1. Januar 1879 angenommen. Damit ist die zweite Berathung des Gesetzes erledigt.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Gewährung einer Ehrenzulage an die Inhaber des Eisernen Kreuzes von 1870/71.

Kriegsminister v. Kameke empfiehlt die Annahme des Entwurfes, der lediglich die Ausführung eines Vorbehaltes in der Stiftungsurkunde für das Eiserne Kreuz sei. — Das Haus erledigt denselben ohne Debatte.

Bei Gelegenheit der ersten Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Controle des Reichshaushaltsetats für 1877/78 bringt Abg. von Benda die Vorlage der Gesetzentwürfe über den Rechnungshof und über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches in Erinnerung. Die Regierung habe in dieser wichtigen Sache eine Entschließung noch nicht gefaßt, trotzdem in den Anträgen der Mitglieder verschiedener Fractionen die Ansichten der Majorität des Hauses, von denen nicht abgegangen werden kann, niedergelegt seien. Da das vorliegende Gesetz nothwendig sei, so müsse es angenommen werden; er müsse aber die dringende Aufforderung an die Regierung richten, baldigst an eine erneute Vorlegung der genannten, schon seit 11 Jahren verzögerten Gesetze zu denken.

Das Haus erledigt dies Gesetz ohne weitere Debatte.

Die zweite Berathung der Entwürfe eines Gerichtskostengesetzes, einer Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher und einer Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige wird von dem Referenten Abg. Thilo eingeleitet: Die Commission hat sich der Berathung in 25 Sitzungen unterzogen und zur speciellen Berathung einzelner Theile eine Subcommission eingesetzt. Allgemein bedauert wurde, daß die Gebührenordnung für die Rechtsanwälte nicht mit vorgelegt war; die Commission gewann aber die Ueberzeugung, daß als Grundlage derselben die Rechtsanwaltsordnung selbst nothwendig sei und sprach die Hoffnung aus, daß diese Partie der Gebührenordnung unter Zuziehung von Sachverständigen ausgearbeitet und in der nächsten Session vorgelegt werden wird. Die Commission hat das System der Pauschquanta für die Kosten acceptirt, aber die Sätze selbst durchschnittlich um 11 Procent ermäßigt und hegt die Erwartung, daß nach einigen Jahren die Möglichkeit vorliegen wird, eine neue Ermäßigung vorzunehmen. Weil die Kostenberechnung nur auf der Wahrscheinlichkeit beruht, so beantragt die Commission folgende Resolution: Den Reichskanzler zu ersuchen, eine Zusammenstellung der finanziellen Ergebnisse des Gerichtskostengesetzes und der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher, welche in den einzelnen Bundesstaaten sich herausgestellt haben,

binnen einer Frist von 4 Jahren nach dem Inkrafttreten der Gesetze dem Reichstage vorlegen zu lassen, damit eine sichere Grundlage für die etwaige Revision derselben gewonnen werde.

Staatssecretär **Friedberg**: Ich bin in der erfreulichen Lage, mich im Namen der verbündeten Regierungen für die Annahme der Commissionsbeschlüsse aussprechen zu können. Wenn auch manche Punkte, deren unveränderte Annahme der Regierung erwünscht gewesen wäre, verändert sind, so schwinden doch dem großen Hauptgedanken, der Durchführung der Justizreform, gegenüber alle diese Bedenken. (Beifall.) Wenn dies Gesetz zu Stande kommt, so ist dies wesentlich den ganz außerordentlichen Bemühungen Ihrer Commission zu verdanken; ich bin berechtigt und ermächtigt, den Dank dafür Namens der verbündeten Regierungen ganz ausdrücklich auszusprechen. (Beifall.)

Abg. **Windthorst**: Die Ansätze des Gerichtskostengesetzes sind recht hoch und würden in manchen Bezirken den Prozeß vertheuern; aber es ist nicht möglich, in einer Plenarversammlung des Reichstages darüber zu verhandeln. Es liegt eben ein Experiment vor, über dessen Ausgang keiner von uns mit Sicherheit urtheilen kann. Deshalb will ich mich einem Antrage auf Enbloc-Annahme nicht widersetzen. Ich hätte nur gewünscht, daß ein etwas größerer Zwang in das Gesetz aufgenommen wäre betreffs der Revision, vielleicht so, daß das Gesetz überhaupt nur auf vier Jahre bewilligt worden wäre. Die Resolution ist dazu nicht stark genug. Ich will aber die Hoffnung aussprechen, daß die Regierung ihre günstige Lage nicht dahin auffaßt, daß sie später einer Revision widerstrebt. Den uns vorhin ausgesprochenen Dank kann ich nur unter der Bedingung acceptiren, daß die Regierung uns später dankbar sein wird, wenn wir sie auf die Revisionsbedürftigkeit dieses Gesetzes aufmerksam machen.

Abg. v. **Schmid** (Würtemberg) will ebenfalls einer Enbloc-Annahme keinen Widerspruch entgegenstellen, trotzdem die Sätze für Würtemberg eine ziemlich bedeutende Erhöhung der Prozeßkosten enthielten; es sei aber im Interesse der Justizeinheit nicht möglich, solche landschaftliche Verschiedenheiten aufrecht zu erhalten. Eine Erleichterung für Würtemberg liegt darin, daß man die Gemeindegerichte hat bestehen lassen, die von diesem Gesetze nicht betroffen werden; eine Auffassung, die vom Staatssecretär **Friedbeeg** ausdrücklich bestätigt wird.

Abg. **Marquardsen** stellt formell den Antrag, die drei Gesetze en bloc anzunehmen.

Nachdem Abg. **Träger** nochmals den Mangel beklagt hat, daß die Gebührenordnung für die Anwälte nicht gleichzeitig vorgelegt sei, werden die Gesetze mit großer Majorität angenommen. Dagegen stimmen die Socialdemokraten und die elsasser Protestler.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Abg. Frhr. **Schenk von Stauffenberg**: Die Deputation, welche Sie beauftragt haben, die Einladung der Admiralität nach Kiel anzunehmen, ist gestern Abends wieder zurückgekehrt, und wir halten es für unsere Pflicht, Ihnen mit kurzen Worten anzuzeigen, in welcher Weise wir den ertheilten Auftrag erfüllt haben. (Heiterkeit.) Wir haben gesehen, in welchem erfreulichen Fortgang die Einrichtungen unserer Marine begriffen sind. Es war uns dann Gelegenheit gegeben, durch den Taufact einer neuen Panzercorvette in möglichst feierlicher Form zu bethätigen, welche innigen Sympathien das gesammte deutsche Volk mit seiner Marine verbindet, und Sie werden ganz gewiß das, was ich in Ihrer Aller Namen dort ausgesprochen habe, auch hier aufrecht erhalten. Wir haben nicht nur von Seiten der Admiralität und ihrem Chef, dem Minister von Stosch, die freundlichste Aufnahme gefunden, sondern wir haben uns durch die herzliche Aufnahme, die wir auf dem ganzen Wege, besonders in Lübeck, Kiel, Wismar und Schwerin gefunden haben, überzeugt, daß überall treue deutsche Herzen schlagen und daß das Gefühl der nationalen Einheit in seltener Weise dort gerade an der äußersten Grenze des Vaterlandes lebendig ist. (Beifall.) Ich darf wohl an Sie Alle die Bitte richten, daß auch in Ihrem Namen den genannten Städten und der Admiralität der Dank des Reichstages für die Aufnahme, welche Ihre Deputation gefunden hat, ausgesprochen werde. (Beifall.)

Präsident **von Forckenbeck** constatirt, daß das ganze Haus diesem Antrage zustimme.

Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung stellt der Präsident außer der Tabaksenquete und mehreren kleineren Gesetzen auch die Gesetzentwürfe, betreffend den Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln und betreffend die Abänderung der §§ 30 und 33 der Gewerbeordnung (Schankconcession).

Abg. **Windthorst** will das Nahrungsmittelgesetz absetzen; wenn die Möglichkeit, in der Mitte der nächsten Woche zum Schluß zu gelangen, erfüllt werden soll, dann ist eine weise Auswahl der Berathungsgegenstände nothwendig. Das Verfälschungsgesetz sei noch nicht legislationsfähig und müsse erst noch einer weiteren Kritik, besonders außerhalb des Hauses unterzogen werden. Zu den nothwendig zu erledigenden Gegenständen gehöre außer dem Gewerbeordnungsgesetze auch die Tabaksinquisition. (Heiterkeit.)

Die Abgg. **Lasker** und **Zinn** halten den Gegenstand für reif zur Berathung; die gründliche Berathung und Berichterstattung der Commission werde die Plenarverhandlungen erleichtern und abkürzen (Widerspruch), besonders, da die Regierung die Aenderungen als Verbesserungen angenommen habe.

Die Abgg. **Richter** (Hagen), **Lucius** und v. **Helldorff** sprechen sich für die Absetzung dieses Gesetzes aus, die beiden letzteren betonen aber die Nothwendigkeit, den Gesetzentwurf, betreffend die Schankconcessionen, möglichst bald zu erledigen, eine Ansicht, die vom Abg. **Lasker** auf das Entschiedenste bestritten wird.

In der Abstimmung werden dann **beide** in Frage kommenden Gesetz-Entwürfe **abgesetzt**.

Präsident v. **Forckenbeck** theilt mit, daß er durch die Geschäftslage gezwungen sei, die Sitzungen in den nächsten Tagen bereits um 10 Uhr beginnen zu lassen und auch eventuell, je nach Verlauf der Vormittagssitzungen, Abendsitzungen in Aussicht zu nehmen, damit die dem Reichstage noch obliegenden Geschäfte bis Mitte nächster Woche erledigt werden könnten.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung **Freitag** 10 Uhr. (Gesetze, betreffend die Berechnung der Matricularbeiträge, Tabaksenquete, betreffend die Gotthardbahn, Novelle zur Gewerbeordnung.)

Berlin, 16. Mai. [**Amtliches.**] Se. Majestät der König hat den Regierungs-Assessor Emil Ernst Horst Julius Freiherrn **von Lyncker** zum Landrath des Kreises Lötzen, und den außerordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der Universität zu Marburg Dr. Adolf v. **Könen** zum ordentlichen Professor in derselben Facultät ernannt; sowie dem Schornsteinfegermeister Rudolph Alexander **Thiele** zu Berlin das Prädikat eines Königlichen Hof-Schornsteinfegermeisters, und dem Tischlermeister Carl **Mecklenburg** zu Berlin das Prädicat eines Königlichen Hof-Tischlermeisters verliehen.

Der ständige Hilfsarbeiter **Seiffert** ist als expedirender Secretär und Calculator beim Kaiserlichen statistischen Amte angestellt worden. — Dem Wasserbau-Inspector, Baurath **Runde** in Geestemünde ist, unter Anweisung seines künftigen Wohnsitzes in Kiel, die Meliorations-Bauinspector-Stelle der Provinz Schleswig-Holstein verliehen worden. — Der Thierarzt Hubert Carl **Heinen** zu Andernach ist zum commissarischen Kreis-Thierarzt für die Kreise Gummersbach und Waldbroel ernannt worden.

Berlin, 16. Mai. [**Se. Majestät der Kaiser und König**] nahm gestern Morgen um 9 Uhr zunächst ein Ständchen der Berliner Gemeinde-Lehrer, vertreten durch den Erk'schen Gesangverein, entgegen, begab Sich um 10 Uhr zum Gottesdienst nach dem Dom und empfing, von dort zurückgekehrt, nacheinander folgende Deputationen, welche Beglückwünschungs-Adressen überbrachten: die Mitglieder des Berliner Magistrats, geführt von dem Bürgermeister Duncker; eine Deputation aus der Alt-Mark, geführt von dem Landes-Director von der Schulenburg, Propstei Salzwedel; eine Deputation der Stadt Essen, vertreten durch den Oberbürgermeister Hache und den Ober-Ingenieur Dieckmann, und eine Deputation der hiesigen Universität, geführt von dem Rector Professor Helmholtz. Sodann empfing Se. Majestät den Ober-Präsidenten der Provinz Schlesien, von Puttkamer, und den Rittergutsbesitzer Wittchow, genannt von Brese-Winiary, der die Ehre hatte, die Orden seines verstorbenen Adoptiv-Großvaters, des Generals der Infanterie von Brese-Winiary, zurückzureichen. Nachmittags um 2 Uhr begab Se. Majestät Sich mit den großherzoglich badischen Herrschaften nach Schloß Babelsberg und kehrte um 7 Uhr mittelst Extrazuges von dort zurück. Heute Morgen um 9 Uhr fuhren Se. Majestät in Begleitung Sr. Königlichen Hoheit des Großherzogs von Baden nach dem Tempelhofer Felde und besichtigte nacheinander das 2. Garde-Regiment z. F. und das Garde-Füsilier-Regiment. Gegen Mittag von dort zurückgekehrt, nahm Se. Majestät die Vorträge des Militär-Cabinets durch den General-Adjutanten von Albedyll und des Auswärtigen Amts durch den Staatssecretär von Bülow entgegen und empfing den Feldmarschall Freiherrn v. Manteuffel.

[**Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz**] wohnte am Dienstag Morgen der Truppenbesichtigung durch Se. Majestät den Kaiser und König auf dem Tempelhofer Felde bei, nahm demnächst militärische Meldungen entgegen und ertheilte dann dem Ober-Präsidenten der Provinz Schlesien, von Puttkamer, Audienz. Nachdem Höchstderselbe Sich bei Sr. Majestät und den Großherzoglich badischen Herrschaften verabschiedet hatte, kehrte Se. Kaiserliche Hoheit um 12¾ Uhr Mittags nach Potsdam zurück. Um 3 Uhr empfing Höchstderselbe im Neuen Palais daselbst den Königlich schwedischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, General Baron von Bildt, welcher Sr. Kaiserlichen und Königlichen Hoheit den von Sr. Majestät dem Könige von Schweden und Norwegen dem Prinzen Wilhelm, Königliche Hoheit, verliehenen Seraphinen-Orden überreichte. Gestern Mittag trat Se. Kaiserliche Hoheit mit Ihren Königlichen Hoheiten dem Prinzen Waldemar und den Prinzessinnen Victoria, Sophie und Margarethe mit dem Expreßzug der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn die Reise nach Windsor zum Besuch Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien an. Im Gefolge der Höchsten Herrschaften befinden sich der Chef des Stabes der 4. Armee-Inspection, Militär-Gouverneur Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Waldemar, Oberst Mischke, der persönliche Adjutant Sr. Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen, Major von Panwitz und die Ober-Gouvernante der Kronprinzlichen Kinder, Fräulein von Perpigna. (Reichsanz.)

= **Berlin**, 16. Mai. [**Ablauf der Session. — Die Frage der Repressivmaßregeln. — Der Bundesrath und die Rechtsanwaltsordnung. — Uebergangsabgabe von Essig. — Commission für die Handelsconvention mit Rumänien.**] Die Art, mit welcher man im Reichstage die Geschäfte behandelt und zum Schlusse drängt, hat etwas Unbehagliches. Die Verhandlungen überhasten sich und die Absetzung der wichtigsten Gesetze erfolgt, um günstigsten Falles einen oder zwei Tage früher schließen zu können. Man weiß noch nicht, wie die Regierung über den Schlußtermin denkt, jedenfalls rechnet sie damit den Schluß vor dem 25. Mai nicht eintreten zu sehen. Unstreitig sind die augenblicklichen Berathungen des preußischen Staatsministeriums, welche täglich im Reichstage stattfinden und auch heute fortgesetzt wurden, nicht ohne Einfluß auf die Hast des Reichstages, die Session zu schließen. Ueber den Umfang und das Ziel der jetzigen Erwägungen des Staatsministeriums sind begreiflicherweise die verschiedenartigsten Gerüchte verbreitet, deren Begründung Niemand übernehmen kann. Man wollte heute wissen, es sei eine Vereinbarung noch nicht erfolgt und daraus schließen, daß die Tendenz mit Repressivmaßregeln vorzugehen keineswegs ungetheilt im Schooße des Ministeriums sei. Jedenfalls würde ein Vorgehen auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung — und darauf allein kann es doch nur ankommen — zunächst die Mitwirkung des Bundesrathes voraussetzen und das Herantreten aller legislatorischen Vorstadien würde jedenfalls mehr Zeit beanspruchen, als vorhanden wäre, selbst wenn man alle rückständigen Arbeiten des Reichstages noch erledigen wollte, um denselben noch in dieser Session mit derartigen Dingen zu befassen. Uebrigens ist den gar zu weit nach dieser Richtung hin gehenden Gerüchten in parlamentarischen Kreisen heute wohl mit Recht entgegengehalten worden, daß der Kaiser selbst gestern den Deputationen gegenüber das verruchte Attentat als die That eines Einzelnen bezeichnet hat und daß man also daraus sicher nicht Beweggründe für Ausnahmemaßregeln oder Einschränkungen der Gesetzgebung herleiten dürfe, während man bisher an solche Dingen nicht gedacht habe. — Der Bundesrath wird sich zunächst über die Reichstagsbeschlüsse in Betreff der Rechtsanwaltsordnung zu entscheiden haben. Es gilt für wahrscheinlich, daß die Annahme der Vermittelungsanträge, für welche sich im Reichstage bereits der Präsident des Reichsjustizamtes ausgesprochen hat, die Zustimmung des Bundesrathes finden wird. — Der Entwurf wegen Erhebung einer Uebergangsabgabe von Essig, der jüngst vom Bundesrath beschlossen ist, liegt dem Kaiser noch zur Unterzeichnung vor. Es galt bis heute noch als ausgemachte Sache, daß auch diese Angelegenheit den Reichstag noch beschäftigen sollte. Es wird sich zu fragen haben, ob die Regierung nach der heute am Schluß der Sitzung hervorgetretenen Stimmung noch für zweckmäßig erachten sollte, dem Reichstag in der zwölften Stunde eine neue Vorlage zu unterbreiten. — In die Commission zur Vorberathung der Handelsconvention zwischen dem Deutschen Reiche und Rumänien sind gewählt worden die Abgg. von Biegeleben, Dr. Jörg, Herz, Dr. Lasker, Molinari, von Kardorff, Dr. Harnier. Letzterer für den Vorsitz, sein Stellvertreter ist von Biegeleben, als Schriftführer fungiren die Abgeordneten Molinari und Herz. Es wird die Stellung der Commission zu dem Entwurf lediglich von den Erklärungen der Regierung bez. der Bürgschaften dafür abhängen, daß den deutschen in Rumänien lebenden Juden die Vortheile des Vertrages in keiner Weise verkürzt werden dürfen. Sind die erwarteten Erklärungen irgendwie unzureichend, so ist die Ablehnung des Vertrages zweifellos. — Die Commissions-Verhandlungen über das Servisgesetz sind dem Abschluß nahe und die Feststellung des Entwurfes ist daher sehr wahrscheinlich.

[**Empfang der Beglückwünschungs-Deputation der Berliner Studenten durch den Kaiser.**] Die Deputation wurde nach dem „Fr.-Bl." durch den Rector der Universität, Professor Dr. Helmholtz und Professor Dr. Bardeleben eingeführt.

Nach Ueberreichnng der Adresse ertheilte Se. Majestät ungefähr folgende Antwort:

„Daß ich zuerst nicht so beunruhigt war, kommt daher, weil ich nicht wußte, daß es mir gegolten habe. Später allerdings sah ich es leider ein, und die Zeugenaussagen haben es ja auch festgestellt, daß das Attentat auf mich verübt werden sollte. Der Kerl leugnet zwar noch, allein das hilft ihm ja doch nichts; wer so davon läuft, hat kein reines Gewissen. Wenn er behauptet, er habe sich erschießen wollen, weil von oben herab nichts für das Volk geschehen, so zeigt er damit nur eine absolute Unkenntniß aller bestehenden Verhältnisse. Die That des Einzelnen soll mich auch nicht so erschüttern, da ich gesehen habe, daß die Verderbniß noch nicht in die Masse meines Volkes eingedrungen ist; nur ganz extreme Parteien können ja so etwas unternehmen. Freilich bleibt trotzdem ein gewisser Schmerz in mir zurück, allein er wird reichlich aufgewogen durch die innige Freude, die ich empfinde über die unzähligen Beweise der Liebe und Theilnahme, die mir nicht nur aus dem engeren und weiteren Vaterlande zugekommen sind, sondern selbst aus den entferntesten Gegenden, von denen ich kaum geglaubt hatte, daß dort soviel Interesse für mich vorhanden ist. Ich bin dankbar gegen Gott, in dessen Hand wir ja Alle stehen. Freilich, wenn wir von ihm abgehen, wenn wir den Boden der christlichen Religion verlassen, dann sind solche Thaten kein Wunder. Die christliche Religion ist der Grund und Boden, auf dem wir stehen bleiben müssen. Es war ja nicht das erste Mal, daß mir Derartiges passirte; es scheint überhaupt, als ob keiner der großen Souveräne Europa's davon verschont bleiben sollte. Auch meinem in Gott ruhenden Bruder passirte ja dasselbe. Gott der Herr hat aber Alles zum Besten gewandt. Nochmals meinen herzlichen Dank meine Herren, Sie haben mich sehr erfreut. Sie, meine Herren Studirenden, erzählen Sie Ihren Commilitonen wieder, was ich Ihnen gesagt habe. Ich danke Ihnen."

[**Marine.**] S. M. Glattdecks-Corvette „Medusa", 9 Geschütze, Comdt. Corv.-Capt. Hollmann, hat in der Nacht vom 17. zum 18. April cr. Greytown-Rhede unter Segel verlassen, ankerte am 20. desselben Mts. Nachmittags auf Colon-Rhede und beabsichtigte am 25. desselben Monats nach Havanna in See zu gehen. Am Bord Alles wohl.

Hannover, 15. Mai. [**Feier.**] Heute Abend hat hier zur Feier der glücklichen Errettung des Kaisers ein im Tivoli veranstaltetes, von etwa 8000 Personen besuchtes Monstreconcert stattgefunden. Stadtdirector Rasch gab der Festfreude in beredten Worten Ausdruck und brachte den Toast auf den Kaiser aus, in den die Anwesenden dreimal begeistert einstimmten.

Oesterreich.

*** **Wien**, 15. Mai. [**Der Sechszig Millionen-Credit in beiden Parlamenten.**] Es ist Mode, so oft die beiden Conseil-Präsidenten hier und in Pest conforme Erklärungen über den Stand der orientalischen Frage abgeben, immer die Rede Tisza's in den Vordergrund der publicistischen Discussion zu schieben, weil dieselbe stets die Allüren der wirklichen parlamentarischen Debatte zur Schau trägt und eine wirklich oratorische Leistung ist. Mit größtem Unrechte! Nicht gerade ausführlicher, aber viel zuverläſsiger charakterisirt jedesmal die kurze und knappe Declaration des Fürsten Auersperg den Stand der Dinge, weil sie sich begnügt, scharf und präcis, möglichst ohne Ein überflüssiges Wort die Mittheilung des auswärtigen Amtes wiederzugeben. Als **wirkliches** Resultat des gestrigen Tages betrachte ich daher auch diesmal nur die äußerst bündige Antwort Auerspergs auf die Interpellation Grocholski's; und die besagt eigentlich nur „die Nothwendigkeit, mit aller Entschiedenheit in Bosnien und der Herzegowina auf eine Lösung hinzuwirken, welche Garantien gegen die periodische Wiederkehr ähnlicher Beunruhigungen der Monarchie zu bieten vermag." Die Würdigung dieses Standpunktes dem, in erster Linie dazu berufenen europäischen Congresse zu entziehen, ist die Regierung ebensowenig geneigt, als die Erledigung der Frage „auf dem Wege der Cooperation mit einer einzelnen Macht" anzustreben. Das heißt in ehrlichem Deutsch: Parallel-Occupation und Compensationspolitik sind uns nicht Selbstzweck; aber sie sind ebensowenig unbedingt ausgeschlossen, falls der Congreß uns gar nicht oder zu spät jene Garantien verschafft, deren Erlangung wir nun einmal als nächsten, hauptsächlichsten Zielpunkt ins Auge fassen. Kurz, die bosnische Frage steht für uns auf der Tagesordnung: und wenn die Regierung, die sich allein das souveräne Urtheil über die Wahl des Termines vorbehält, sich früher „beunruhigt" fühlt, als der Congreß Ordnung schafft, so können wir uns über Nacht mitten in der Parallel-Occupation und Compensationspolitik befinden. Das ist nicht viel Neues, aber es ist die reelle Situation, während ich alle die „Enguirlandagen" die Tisza außerdem vorbringt, als einen wesentlich auf magyarische Gemüther berechneten Aufputz betrachte. Hat doch ein ungarischer Minister von der kalten deutschen Kritik **hinterdrein** nichts zu besorgen, wenn es ihm nur gelingt, sich momentan aus der Klemme zu ziehen, indem er die heißblutige Phantasie seiner Landsleute zu donnernden Eljens hinriß. Im Reichstage schuf er sich für die Discussion des Sechzig-Millionen-Anlehens ganz entschieden eine angenehme Temperatur, indem er seiner Rede einen scharf antirussischen Beigeschmack verlieh und stark mit England liebäugelte. Aber wenn Graf Andrassy wirklich so entschlossen gegen den Frieden von San Stefano Front macht, warum wagt dann selbst Tisza doch nicht die positive Behauptung in den Mund zu nehmen, daß Oesterreich sich in Betreff dieses Protestes mit England in eine Linie stellt? Und weiter, wenn Tisza uns mit der Nachricht von Rüstungen in Galizien und Siebenbürgen, sowie im Süden und Südosten überrascht, uns also an kriegerische Vorbereitungen mit entschieden antirussischer Tendenz glauben machen will: so schießt er gar weit über das Ziel hinaus. Er behauptete, der Sechszig-Millionen-Credit sei bereits zur Vertheidigung der Karpathenpässe in Angriff genommen. Zur selben Stunde aber erklärte Depretis, „nicht ein Kreuzer sei davon verausgabt worden". Ja, er begründete seine Einsprache gegen die Forderung, daß nach dem Delegationsbeschlusse die Delegationen „bei Inanspruchnahme des Credites sofort zu eingehender Aufklärung" einzuberufen seien, diese Einberufung also dem Votum der beiden Parlamente über die Bedeckung der Summe **vorangehen** müsse, damit daß unter „Inanspruchnahme" erst die wirkliche Verausgabung zu verstehen sei. Im Budgetausschusse über diesen Widerspruch befragt, erwiderte der Finanzminister heute nur, Tisza's Behauptung sei ihm unerklärlich; er für sein Theil müsse bei seiner Aussage verbleiben. Eines stärkeren Beweises bedarf es doch wohl nicht, daß Tisza sich von dem Wunsche, der antirussischen und England sympathischen Strömung im Reichstage entgegenzukommen, weit über die Grenzen des unbestreitbar Thatsächlichen hat fortreißen lassen. Nach alledem wird man gut thun, das was in der Rede Tisza's über die Erklärung Auersperg's hinausgeht, nicht allzu wörtlich zu nehmen. Es braucht Vorsicht, wenn die vereinigte Opposition nicht gar mit der Resolution Apponyi's Chancen gewinnen soll: den Credit nur unter der Bedingung zu bedecken, daß die Summe zur Annullirung des Friedens von San Stefano und nicht zur Occupation Bosniens in anti-englischem Sinne benutzt werden soll. Das wäre ein böses Pendant zu Giskra's Antrag, den unser Budgetausschuß angenommen: die Debatte über die Beschaffung des Geldes zu vertagen, bis die Delegationen sich über die ihnen verheißenen „eingehenden" Mittheilungen ausgesprochen.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 13. Mai. [**Die Presse über das Attentat auf den Deutschen Kaiser. — Die deutsche Ausstellung. — Oberst Denfert. — Ein Brief des Generals Türr. — Zur Presse.**] Das Attentat auf den Kaiser Wilhelm bildet auch heute noch den Hauptgegenstand des Tagesgesprächs. Die hiesigen Blätter haben fast alle in sehr geziemender Weise von diesem Ereigniß, welches die Sympathien Deutschlands für seinen Kaiser in so helles Licht gestellt hat, gesprochen, obgleich im Uebrigen ihre Ansichten über die politische Bedeutung und die Folgen der ruchlosen That von einander abweichen mögen. Man hat ein eigenthümliches Zusammentreffen darin gefunden, daß das Verbrechen gerade in dem Augenblicke begangen wurde, in welchem der Fürst Hohenlohe und der französische Handelsminister im Ausstellungspalaste die zwischen Deutschland und Frankreich stattgehabte Annäherung constatirten. Auch die „Débats" sprechen von beiden Begebenheiten zugleich, indem sie sagen: „Wir danken dem Fürsten Hohenlohe für die Gesinnungen, die er im Namen Deutschlands ausgesprochen hat. Die deutsche Ausstellung der schönen Künste wird in Frankreich gewürdigt werden, wie sie es verdient, und die beiden Nationen werden in diesem Umstande, der sie einander wieder näher führt, einen neuen Grund der Beschwichtigung und Versöhnung sehen. Noch ein anderer Umstand wird, von allen politischen Erwägungen abgesehen, die ehrlichen Leute aller Länder Deutschland näher führen. Der Kaiser Wilhelm war gestern unter den Linden einem Mordversuche ausgesetzt. Er ist glücklicherweise gerettet worden und der Enthusiasmus der Bevölkerung hat sich gleichzeitig mit ihrer Entrüstung Luft gemacht. Die Entrüstung wird überall getheilt werden. Das Verbrechen gehört zu denjenigen, welche die Civilisation entehren und

welche nicht zu stark gebrandmarkt werden können." Der „Soleil" meinte: „Frankreich denkt zu ritterlich und edel, um sich an dem Unglücke zu erfreuen, welches in Folge eines so abscheulichen Verbrechens, wie der Königsmord, selbst seinem Feinde, der sein Besieger auf dem Schlachtfelde gewesen, begegnen würde. Frankreich protestirt mit Entrüstung, mit Abscheu, gegen das Attentat, dessen Opfer der Kaiser beinahe geworden wäre." Die „République française" ihrerseits protestirt gegen die perfiden Commentare der „Patrie", „Union" u. s. w., wonach die ganze demokratische Partei für ein so gehässiges Verbrechen verantwortlich gemacht werden solle. Das „Amtsblatt" giebt heute gleichzeitig mit der Nachricht von dem Attentat die Mittheilung, daß der Präsident der Republik sich beeilt hat, durch ein Telegramm den Kaiser von Deutschland zu beglückwünschen zu seiner Rettung. Der Minister des Auswärtigen hatte bereits am Sonnabend Abend dem deutschen Botschafter seine Glückwünsche und diejenigen der Regierung überbracht. — Die deutsche Ausstellung macht viel von sich reden. Sie gefällt von vornherein durch ihre ebenso reiche und geschmackvolle als bequeme Ausstattung, und in dieser Beziehung hat sie einen solchen Eindruck gemacht, daß die Ausstellungs-Direction, dem ungestümen Drängen der Presse nachgebend, nun gezwungen ist, auch etwas für die bessere Einrichtung der französischen Kunstsäle zu thun. Sodann aber müssen, in der Hauptsache, die Pariser wohl anerkennen, und sie erkennen es an, daß sie sich von den Leistungen der deutschen Künstler eine zu ungünstige Vorstellung gebildet hatten. Besonders die Menzel'sche Schmiede hat gewaltigen Erfolg. — Große Billigung findet in der Presse die Rede, womit der Handelsminister Teisserenc de Bort am Sonnabend auf die Ansprache des Fürsten Hohenlohe antwortete. Das „Amtsblatt" giebt heute ihren Text: „Herr Botschafter!" sagte der Minister, „ich empfange aus ihren Händen mit wahrer Genugthuung die Ausstellung des Deutschen Reiches, welche Sie heute eröffnen. Der rasche Blick, welchen ich bereits auf die in diesem Sale vereinigten Werke werfen konnte, erlaubt mir, zu versichern, daß diese Ausstellung einen der interessantesten Theile unserer Galerien bilden wird. Sie wird eine Ehre sein für die deutsche Kunst und für die Commissare, welche sie organisirt haben, und gleichzeitig ein Gegenstand der Anziehung und des Studiums für das Publikum. Ich danke also Eurer Hoheit für Ihren Antheil an der Entscheidung, welche die Theilnahme Deutschlands an der großen, von Frankreich vorbereiteten Preisbewerbung bewirkt hat. Wie Sie, Herr Botschafter, freue ich mich, in dieser Kundgebung ein Zeugniß der Eintracht und des guten Einvernehmens zu sehen, welchem Frankreich sich mit Freuden anschließt und welches eine neue Bürgschaft für die Erhaltung und Befestigung der guten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern gewährt." So der Minister. Wir vergaßen in unserem letzten Bericht zu erwähnen, daß der Handelsminister Leon Say der Eröffnung der deutschen Ausstellung beiwohnte. Gestern Sonntag war der Zudrang zum Marsfelde wieder sehr stark; es wurden 91,000 Personen eingelassen. — Beim Beginn der heutigen Kammersitzung hat der Präsident Grévy den Tod Denfert-Rochereau's ungefähr mit folgenden Worten angezeigt: „Der Oberst Denfert, den eine Krankheit seit einiger Zeit von unseren Sitzungen fern hielt, ist beinahe plötzlich letzten Sonnabend Abends gestorben. Die Nachricht von diesem Todesfalle hat allerseits eine schmerzliche Bewegung hervorgerufen. Der Name des Obersten Denfert ist allen französischen Herzen theuer. Er ist ruhmreich mit dem Kriege von 1870 verknüpft; die zugleich kunstvolle und heldenmüthige Vertheidigung von Belfort ist eine der schönsten Seiten unserer Geschichte. Ihr verdankt Frankreich die Rettung seines letzten Bollwerks auf der Ostgrenze, ein unschätzbarer Dienst, welchen das Land nie vergessen und welcher das Andenken des Obersten Denfert unvergänglich machen wird. . . ." Die Bestattung Denferts wird morgen in Versailles stattfinden. Der Vertheidiger von Belfort zählt erst 55 Jahre; er hatte als Lieutenant an dem Krimkriege Theil genommen. Die Stadt Paris wählte ihn im Jahre 1871 aus Dankbarkeit für die Erhaltung Belforts in die Kammer, der er seither stets als eines der einflußreichsten Mitglieder der Linken angehörte. — Die Budget-Commission für 1879 hat sich heute constituirt. Wie es sich erwarten ließ, ist Gambetta von Neuem zum Präsidenten gewählt worden (mit 27 von 33 Stimmen). Jules Ferry ist Vicepräsident. — Der Erzbischof von Marseille ist hier angekommen. Er will bei der Regierung eine Aufhebung der Verfügung erwirken, durch welche der Bürgermeister von Marseille die Frohnleichnams-Procession und überhaupt alle Processionen untersagt hat. — Die bekannte Polemik zwischen dem Prinzen Jerome Napoleon und dem Herzog von Gramont findet heute eine Ergänzung in einem Briefe, welchen der General Türr an die „Debats" gerichtet hat. Die Rechtfertigung Gramont's wird dadurch völlig zu nichte und mehr als jemals zeigt sich die unbegreifliche Verblendung der kaiserlichen Regierung. — Hector Pessard hat heute die Leitung des „National" übernommen.

Provinzial-Zeitung.

• **Breslau**, 14. Mai. [Verein der Aerzte des Regierungs-Bezirks Breslau.] Am 11. Mai fand hierselbst die zweite ordentliche Versammlung des vorgenannten Vereins statt. Erschienen waren 87 Mitglieder, darunter 25 Auswärtige. Professor Förster als Vorsitzender eröffnete die Versammlung, indem er an die Begrüßung der Anwesenden eine Statistik der Vereins-Angelegenheiten anschloß, wobei erwähnt wurde, daß der Verein leider den Tod dreier Mitglieder zu beklagen habe, darunter zwei als Opfer ihres Berufes gebliebene Collegen, den Dr. Frankenstein aus Waldenburg und Dr. Kleinschmidt aus Altwasser, welche dem Flecktyphus erlegen seien. Die Versammlung erhob sich zum Zeichen der ehrenden Erinnerung an die Verstorbenen von ihren Plätzen. Auf der Tagesordnung stand eine große Zahl wichtiger Vorlagen, von denen jedoch für diesmal nur ein Theil zur Erledigung kam. Der vom Vorstande vorgelegte Entwurf einer Geschäftsordnung wurde vollständig angenommen. Eine außerordentlich rege Discussion veranlaßte der ebenfalls vom Vorstande vorgelegte Entwurf einer „Standesordnung", deren Kernpunkt die Bildung eines ärztlichen Ehrenrathes war. Die Versammlung sprach sich im Princip für eine derartige Standesordnung aus, mußte aber wegen vorgerückter Zeit einen Theil der speciellen Berathung bis zur nächsten ordentlichen Versammlung vertagen. Letztere soll an einem noch näher zu bestimmenden Sonntag des October in Breslau stattfinden. Für den Deutschen Aerzte-Tag in Eisenach, der am 6. August d. J. stattfinden soll, wurden als Delegirter Bezirks-Physikus Dr. Jacobi und als dessen Stellvertreter Sanitätsrath Dr. Grempler gewählt.

H. **Breslau**, 13. Mai. [Kindergärten-Verein.] Die gestern Vormittag 11 Uhr in der Aula der Realschule zum heiligen Geist abgehaltene Generalversammlung des Vereins leitete der Vorsitzende, Canonicus Dr. Künzer. Derselbe machte zunächst einige Mittheilungen aus dem gedruckt zur Vertheilung gelangenden Rechenschaftsberichte des Vorstandes, aus welchem sich ergiebt, daß der Verein zwar mit mannigfachen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, trotzdem aber nicht zurückgegangen ist. Es ist gelungen, Freunde einer natürlichen und gesunden Erziehung der schulpflichtigen Jugend zum Beitritt als Mitglieder des Vereins zu bewegen und so auch die jährlichen Beiträge zu erhöhen, was um so dringender nothwendig war, als der Verein von dem harten und unverdienten Schlage betroffen worden ist, 600 Mark von der ihm seither Seitens der Stadt ihm gewährten Subvention zu verlieren, während andererseits die Ansprüche an den Verein und seine Ausgaben von Jahr zu Jahr steigen. Obgleich der Verein bei den zwölf Kindergärten, welche von Hunderten städtischer Kinder theils ganz unentgeltlich, theils für ein sehr geringes Honorar besucht und von dem Ertrage der Kinder wohlhabender Eltern keineswegs vollständig unterhalten werden, alljährlich ein Deficit in seinem Budget zu verzeichnen hat, das er nur durch außerordentliche Einnahmen zu decken vermag, so hat er sich doch nicht entschließen können, einen seiner Kindergärten zum Nachtheile gerade des ärmeren Theiles der Bevölkerung aufzuheben. Die 12 Kindergärten waren besucht: 1876 von 1069, 1877 von 1203 nichtschulpflichtigen Kindern, von denen 112 Freistellen, 95 Ermäßigung des Honorars erhielten. Nicht minder segensreich als die Kindergärten selbst ist die Wirksamkeit des Seminars zur Ausbildung Fröbel'scher Kindergärtnerinnen. Als besonders erfreulich bezeichnet es der Vorsitzende, daß das Seminar vielfach auch von solchen Mädchen besucht wird, welche nicht beabsichtigen, sich dem Berufe der Kindergärtnerin zu widmen und sich damit einst ihren Lebensunterhalt sichern zu wollen. — Die Kassenverhältnisse des Vereins anlangend, so ergaben die 12 Kindergärten eine Einnahme von 19,593,70 Mark, erforderten jedoch eine Ausgabe von 20,588,19 M., so daß ein Zuschuß von 994,49 M. erforderlich war. Die Gesammt-Einnahme resp. Ausgabe beläuft sich auf 35,898 M. — Der Schatzmeisterin, Frau Kaufm. Laßwitz, wurde dankend Decharche ertheilt. Bei der Wahl des Vorstandes wurden Frau Kaufmann Laßwitz, Frau Dr. Asch, Frau Oelsner, Frau Kaufmann Sturm, Frau Professor Auerbach, Frau A. Simson, Frau Pauline Drechsler, Frau Assessor Epstein, Frau Turnlehrer Hennig, Fräulein Renner, Assessor Dr. Weil, Kaufmann Laßwitz, Canonicus Dr. Künzer, Rector Pflüger wieder- und Frau Generalin v. Wulffen neugewählt.

8 **Breslau**, 16. Mai. [Kreisgerichts-Criminal-Deputation. Vorsätzliche Körperverletzung.] Eine recht liebenswürdige Pflege- resp. Stiefmutter stand heute in der Arbeiterfrau Ernestine Krause, geb. Klauder, aus Canth auf der Anklagebank, um sich auf eine Anklage wegen wiederholter vorsätzlicher Körperverletzung zu verantworten. Frau K., seit October v. J. mit dem Arbeiter Krause verheirathet, hatte vorher demselben als „Wirthschafterin" gedient und dadurch auch dessen zwei Kinder erster Ehe in Pflege bekommen. Es waren dies zwei Knaben im Alter von 5 resp. 7 Jahren. K. war den Tag über durch sein Arbeitsverhältniß von Hause abwesend. Diese Zeit benützte die K. vorzugsweise, um beide Kinder zu öfteren Malen derartig zu züchtigen, daß die Nachbarn zu Gunsten derselben intervenirten. Die K. ließ die Einsprache der Nachbarn unbeachtet und fuhr fort, die Kinder zu prügeln. In Folge dieser bestialischen Handlungsweise waren Kopf und Gesicht beider Knaben fast immer mit Wunden und Beulen bedeckt. Dem Vater konnte dieser Umstand nicht unbekannt geblieben sein, dennoch weigerte sich derselbe, den Strafantrag gegen seine Wirthschafterin zu stellen, als endlich durch die Nachbarsleute der Zustand der Knaben zur Kenntniß der Behörde gebracht worden war. Das Vormundschaftsgericht bestellte deshalb in dem Schneidermeister Johnscher einen Pfleger für die Kinder. J. ließ die Kinder durch Herrn Dr. Preußler ärztlich besichtigen und stellte auf Grund des Gutachtens desselben den Strafantrag gegen die K. Letztere war inzwischen die Ehefrau des Krause geworden. Dr. Preußler fand die Körper der Kinder vielfach mit Beulen, Hautabschürfungen und offenen Wunden bedeckt. Die Augen und Ohren waren angeschwollen und stark mit Blut unterlaufen. Der rechte Ellenbogen des einen Knaben zeigte starke Entzündung des Knochens, welche befürchten ließ, daß der Arm gelähmt werden würde. Die Knochenentzündung war augenscheinlich durch Schläge mit einem starken Stock hervorgerufen. Als Dr. P. auf Veranlassung des Gerichts später eine nochmalige Untersuchung vornahm, fanden sich neue Verletzungen an den Kindern, der entzündete Arm ließ aber bei fortgesetzter ärztlicher Pflege seine volle Wiederherstellung erwarten. — Die Angeklagte leugnet die Züchtigungen; durch die Beweisaufnahme wird aber ihre Schuld aufs evidenteste erwiesen. Der Gerichtshof erkennt auf eine dreimonatliche Gefängnißstrafe. Der Herr Staatsanwalt hatte sechs Monate Gefängniß beantragt.

—ch. **Görlitz**, 15. Mai. [Liberaler Wahlverein. — Stadtrath Seidler.] Am gestrigen Abend hat sich der neue liberale Wahlverein seine Statuten geschaffen und einen provisorischen Vorstand eingesetzt. Bestimmt, die Reaction, wie die Socialdemokratie zu bekämpfen, die Einigkeit innerhalb der liberalen Parteien und die Vertretung liberaler Gesinnung zu pflegen, wird der Verein, der mit etwa hundert Mitgliedern ins Leben tritt, namentlich auch bei den Landtags- und Reichstagswahlen eine organisatorische Thätigkeit entfalten, um die Wahl ehrenhafter, fähiger und liberaler Abgeordneter durchzusetzen. Es wurde in der Debatte darauf hingewiesen, daß Vorgänge, wie sie bei der letzten Reichstagswahl sich zugetragen haben, unmöglich gewesen wären, wenn die liberalen Wähler damals eine feste Organisation gehabt hätten. Der Mitgliederbeitrag sollte auf 1, 2, 3 Mark festgesetzt werden, doch traten mehrere Redner theils für eine Ermäßigung des niedrigsten Satzes, theils für eine Erhöhung des höchsten Satzes ein und so werden die Stufen verdoppelt und auf 0,50 M., 1 M., 2 M., 3 M., 4 M. und 5 M. jährlich festgesetzt; der niedrigste Satz, namentlich mit Rücksicht darauf, daß die Mitglieder der Gewerkvereine auf deren zahlreichen Beitritt man zählt, ohnehin erhebliche Beiträge zu zahlen haben. In die Statuten wurde auch noch die Bestimmung aufgenommen, daß mindestens alle drei Monate eine Versammlung des Vereins abgehalten werden muß, obwohl der Ausschuß sich dagegen erklärte. Da das politische Leben hier so lange geschlummert hat, bedarf es nach der Ansicht derjenigen, welche für die statutarische Festsetzung eintraten, namentlich für die erste Zeit einer recht regen Thätigkeit des Vereins, um Boden zu fassen. Eine Aenderung der Statuten erfolgte endlich auch noch dahin, daß die Einberufung einer Versammlung auf Antrag von 25 Mitgliedern binnen acht Tagen erfolgen muß, während der Entwurf 14 Tage festsetzte. Die schließliche Redaction der Statuten, sowie die weiteren Schritte bis zur Constituirung des in der nächsten Versammlung zu wählenden definitiven Vorstandes ist dem Ausschusse übertragen, in den noch der aus Carlsbad zurückgekehrte und in der Versammlung anwesende Abgeordnete Halberstadt gewählt wurde, damit alle drei Abgeordnete des Wahlvereins demselben angehören. — Stadtrath Seidler, Redacteur der „Görlitzer Nachrichten", hat sein Amt als Stadtrath niedergelegt, weil er in einem Beschlusse des Magistrats eine persönliche Verletzung gefunden hatte. Seine Stellung war schon seit längerer Zeit eine wenig angenehme geworden, seitdem sein Auftreten in der Grothe'schen Angelegenheit Seitens des Oberbürgermeisters Gobbin die entschiedenste Mißbewilligung erfahren hatte. In directem Zusammenhang mit dem Ausgange des Grothe'schen Processes steht sein Rücktritt übrigens nicht, obwohl man das allgemein anzunehmen scheint.

K. **Neurode**, 16. Mai. [Zur Tageschronik.] Nach einer langen und schweren Geburt ist endlich die Trennung des Schulamtes vom Kirchenamte hierorts insoweit vollzogen, als ein besonderer Organist bei den Begräbnissen der Katholiken als solcher fungirt und die Lehrer nicht mehr dem Unterricht durch erstere Function entzogen werden. Doch hat der kreisende Berg nur eine Maus geboren, indem ein Hauptübelstand geblieben, nämlich der, daß bei den Vormittagsbegräbnissen nach wie vor je nachdem 6—12 Schüler als Sänger, Ministranten u. s. w. dem Unterricht während des ganzen Vormittags entzogen werden. Wie vereint sich diese Thatsache mit dem Gesetz vom 11. März 1872, betreffend die Schulaufsicht und der dazu ergangenen Polizei-Verordnung der königl. Regierung zu Breslau vom 1. September 1876, betreffend den Besuch der Volksschule? Wie kommt also die Schule dazu, ihre Schüler zu kirchlichen Functionen während der schulplanmäßigen Zeit herzugeben und wie soll man solches Gebahren erst recht verstehen, wenn die oberste Schul-Aufsichtsbehörde (Kreis-Schulen-Inspector) am Orte selbst wohnt?

D—l. **Brieg**, 15. Mai. [Agitation behufs Concentrirung der Standesämter. — Gesundheitsverhältnisse. — Handwerker-Fortbildungsschule. — Sommer-Theater.] Seitens der zum Kirchspiel Brieg gehörigen Landgemeinden wird angestrebt, die Verwaltung ihrer Standesamts-Angelegenheiten von den ländlichen Standesämtern loszutrennen und sich dem Standesamt Brieg anzuschließen. Dies bezügliche Anträge sind zunächst von den Gemeinden Briegischdorf, Hermsdorf, Paulau und Schüsselndorf (den ganzen Standesamtsbezirk Schüsselndorf umfassend) beim Kreisausschuß vor längerer Zeit gestellt und sind die Verhandlungen darüber bereits eingeleitet. — So lange die Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamtes erfolgen, ist wahrgenommen worden, daß die Sterblichkeitsziffer in Brieg immer verhältnißmäßig höher ist als in anderen Orten unserer Provinz. Es ist dies um so auffallender, als bei uns keine wesentlich anderen klimatischen und Boden-Verhältnisse vorliegen wie z. B. in Ratibor, Glogau und Breslau. In Erwägung, daß die Wohnungen, namentlich der ärmeren Bevölkerung, nicht immer den sanitätspolizeilichen Anforderungen entsprechend sind, hat deshalb nunmehr die Polizeiverwaltung an sämmtliche Aerzte unserer Stadt die Aufforderung gerichtet, bei Ausübung ihrer Praxis von ihnen gefundene Wohnungen, welche so beschaffen, insbesondere so feucht sind, daß Gefahr für die Gesundheit der Bewohner vorhanden ist, der Polizei anzuzeigen. Wir richten im Anschluß hieran an die städtischen Behörden das Ersuchen, die Spülung der Rinnsteine, welche seit einigen Jahren sehr mangelhaft ist, wieder regelmäßig ausführen zu lassen, sowie den Hauseigenthümern die sorgfältige Reinigung der Ausgüsse, über deren Zustand sehr geklagt werden muß, aufzugeben. — Die Handwerker-Fortbildungsschule, deren Besuch obligatorisch ist, ist in vier Stufen eingetheilt worden, Die erste Stufe umfaßt eine Klasse, die zweite Stufe 2, die dritte Stufe 3 und die vierte 2 Parallelklassen. An der unter Leitung des Conrector Blümel stehenden Schule wirken 8 städtische Lehrer. — In den nächsten Tagen wird das im „Bergel" neu erbaute Sommer-Theater durch die Hoffmann'sche Operetten-Gesellschaft eröffnet werden.

X. **Leobschütz**, 14. Mai. [Der Stab des 2. Schles. Husaren-Regiments Nr. 6. — Verurtheilung eines österreichischen Unterthanen wegen versuchter Falschmünzerei.] Das Kriegsministerium beabsichtigt, wie man hier spricht, den Stab des 2. Schles. Husaren-Regiments Nr. 6 von Neustadt OS. nach Leobschütz zu verlegen. Wenngleich das Resultat der von dem hiesigen Magistrate mit den Militärbehörden bisher geführten Unterhandlungen in seinen Einzelnheiten noch nicht bekannt ist, so wird doch soviel als feststehend ausgestreut, daß vor dem Kriegsministerium die Anfrage an den Magistrat eingegangen ist, ob die Commune geneigt sei, den Stab mit 2 Escadronen in hiesiger Stadt unterzubringen und die hierzu erforderlichen Casernements 2c. für eigene Rechnung zu erbauen und daß seitens des Militärfiscus eine Verzinsung des Anlagecapitals mit 3 pCt. offerirt worden, während der Magistrat eine höhere Verzinsung verlangt. Hoffentlich gelangt diese in ihren Folgen für unsere Stadt eminent wichtige Angelegenheit recht bald vor das Forum des Stadtverordneten-Collegiums und somit an die Oeffentlichkeit, deren Organe das Anerbieten der Militärbehörden mit Freuden begrüßen. — Am Montage stand der Mühlenbesitzer Wilhelm Darnik aus Polanka in Oesterreich-Schlesien vor den Schranken der correctionellen Kammer des hiesigen Kreisgerichts angeklagt, einen Versuch gemacht zu haben, österreichische Banknoten anzufertigen und sie als echte in Umlauf zu setzen. Die der Anklage zu Grunde gelegten Thatsachen sind interessant genug, um sie für weitere Kreise an die Oeffentlichkeit zu bringen. Mitte April d. J. bestellte der Angeklagte bei dem hiesigen Lithographen G. Visitenkarten. Der Angeklagte fand hierdurch Gelegenheit, mit einem Gehilfen aus erwähntem lithographischen Institute eine Bekanntschaft anzuknüpfen, welche dahin führte, daß der Gehilfe auf das Andringen des Angeklagten sich bereit erklärte, in Breslau sich nach einem Lithographen umzusehen, der die zur Anfertigung von österreichischen Zehngulden-Bank-Noten erforderlichen Platten herzustellen sich bereit finden lassen würde. Der Angeklagte übergab hierauf dem Gehilfen eine österreichische Zehngulden-Banknote als Musterblatt für die Anfertigung der lithographischen Platte und sandte ihm später das Reisegeld nach Breslau nach, das dieser auch in Empfang nahm. Bald nach seiner Unterredung mit dem Angeklagten machte der Gehilfe seinem Meister Mittheilung davon und dieser sofort Anzeige bei der hiesigen Polizeibehörde. Der Gehilfe theilte später dem Angeklagten mit, daß er einen Lithographen in Breslau gefunden, der geschickt und bereit sei, die in Rede stehenden Platten anzufertigen und lud ihn zu einem Besuche nach Leobschütz ein, um den Vertrag mit dem Breslauer Lithographen abzuschließen und das Weitere zu veranlassen — in der That, um die Verhaftung des Angeklagten zu bewirken. Der Angeklagte kam. In einem öffentlichen Locale traf er verabredeter Maßen mit dem Gehilfen von hier zusammen, um den Vertrag zu vollziehen. Nachdem er von einer zwischen dem Breslauer Lithographen und dem hiesigen Lithographen-Gehilfen wegen Anfertigung der Platten geführten fingirten Correspondenz Kenntniß genommen und sein Bedauern zu erkennen gegeben hatte, mit dem Breslauer Lithographen nicht persönlich verhandeln zu können, und nachdem er einen diesbezüglichen Vermerk auf den Vertrags-Entwurf geschrieben, auch an den Gehilfen eine weitere Zahlung von 20 Gulden zur Absendung an den Breslauer Lithographen, der, wie bemerkt, gar nicht existirte, geleistet hatte, trat der betreffende, wohlunterrichtete Polizeibeamte vor und verhaftete den Angeklagten. — Der Gerichtshof erkannte gegen letzteren auf 6 Wochen Gefängniß unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Handel, Industrie 2c.

Berlin, 16. Mai. [Börse.] Die heutige Börse trug eine sehr feste Physiognomie und entbehrte auch nicht ganz eines etwas lebhaften Geschäftsverkehrs. Neuere politische Nachrichten lagen nicht vor und es übertrugen sich daher auch die günstigeren Anschauungen von vorgestern auf heute. Das gestrige Gerücht, daß Fürst Gortschakoff gestorben sei, hat bisher keine Bestätigung gefunden. Auf die Entwickelung des Geschäftes blieb der Umstand, daß eine bekanntere Bankfirma in Zahlungsstockung gerathen sei, vollständig ohne Einfluß. In den beliebteren Speculationsdevisen waren die Umsätze nicht ganz unbelebt und die Notirungen konnten, wenn auch unter mehrfachen Schwankungen, anziehen. Oesterr. Creditactien zeichneten sich besonders in dieser Hinsicht aus. Oesterr. Staatsbahn verhielt sich ebenfalls lebhaft steigend. Die Speculation wendet sich überhaupt den österr.-ungar. Exportbahnen mit einer gewissen Vorliebe zu. Die österreichischen Nebenbahnen zeichneten sich besonders durch eine recht feste Stimmung aus und konnten die meisten der hierher gehörigen Werthe bei regem Geschäfte die Course erhöhen. Namentlich waren Galizier, Kaschau-Oderberger, Elisabeth und Böhmische Westbahn bevorzugt. Auch die localen Speculations-Effecten trugen eine feste Physiognomie, wenn die Umsätze sich auch gerade nicht als lebhaft erweisen, so erfuhren die Cours-Notirungen doch fast durchweg Steigerungen. Es notirten: Disconto-Commandit ult. 111,50—112¼. Die auswärtigen Staatsanleihen waren weniger fest, auch hielt sich der geschäftliche Verkehr in sehr mäßigen Grenzen. Russische Werthe zogen zwar etwas an, blieben aber sehr still. 5proc. Anleihe per ult. 75—75⅜—75¼, russische Noten per ult. 197½—199—198½. Preußische und andere deutsche Staatspapiere waren meist in den Coursen ganz unverändert, Eisenbahn-Prioritäten wenig belebt, von einheimischen zeigten sich garantirte Devisen und besonders Potsdamer beliebt. Auswärtige Prioritäten eher vernachlässigt. Auf dem Eisenbahnactienmarkte zeigte sich eine zuversichtlichere Stimmung. In Folge dessen war auch eine lebhaftere Kauflust zu constatiren. Die Course der rheinisch-westfälischen Speculationsdevisen zogen etwas an. Potsdamer steigend in Folge der befriedigenden Einnahmen, Stettiner und Halberstädter vernachlässigt. Rheinische B. mußten etwas nachgeben. Görlitzer höher, auch in Rumänen lebhaftes Geschäft bei steigender Notiz. St.-Prior.-Act. bewegten sich in schwacher Tendenz. Bankactien im Allgemeinen fest, aber ruhig. Preuß. Bodencreditbank erhöhte die Notiz, Mecklenb. Hypothenbank zog etwas an, Niederlausitzer Bank bei steigender Tendenz belebt, Antwerpener Centralbank besser, Deutsche Handelsbank steigend, Spritbank Wrede belebt, Deutsche Bank behauptet, Pommersche Hypotheken gedrückt, Berliner Handelsgesellschaft matter, Weimarische Bank ließ etwas nach, Spielhagen niedriger, Leipziger Disc. und Leipziger Credit ebenfalls billiger erhältlich. Industriepapiere in geringem Verkehr. Landré Brauerei besser, Belle-Alliance ließ etwas nach, Centralstraße anziehend, Prätorius Tabakfabrik höher, Große Pferdebahn bei sehr geringem Geschäft schwächer, Dessauer Gasfabrik nachgebend, Anhalter Maschinen erhöhte die Notiz, Freund Maschinenfabrik war zu niedrigerem Course offerirt, Mägdesprung nicht unbelebt und etwas höher, Westfälische Union im Course gedrückt, Marienhütte-Kotzenau und Bonifacius konnten sich ebenfalls nicht auf letzter Notiz behaupten.

Um 2½ Uhr: Fest. Credit 358,50, Lombarden 119,50, Franzosen 426,50, Reichsbank 153,25, Disconto-Commandit 112,50, Laurahütte 72, Türken —, Italiener 71,00, Oesterr. Goldrente 59,25, do. Silberrente 53,50, do. Papierrente 51,40, Ungarische Goldrente —, 5proc. Russen 75,75, alte 76,25, Köln-Mindener 95,25, Rheinische 105,50, Bergische 71,75, Rumänen 28,00, Russische Noten 199.

Coupons-Course (nur für Posten). Amerik. Bonds-Cp. 4,16 bez., do Papier-Cp. 4,12 bez., Oest. Silb.-Rent.-Cp. 175,50 bez., do. Eisenb.-Cp. 175 bez., do. Papier-Rent.-Cp. 166,20 bez., Russ. Cp. 197 bez., Russ.-Engl. Anl.-Cp. 20,50 bez., Franz. Cp. 80,90—80,85 bez., Diverse engl. 20,24 bis 20,08 bez., Rum. Cp. — bez.

London, 16. Mai. [Bankausweis.] Totalreserve 10,628,000 Pfd. Sterl. Notenumlauf 27,731,000 Pfd. Sterl. Baarvorrath 23,358,000 Pfd. Sterl. Portefeuille 19,914,000 Pfd. Sterl. Guthaben der Privaten 21,417,000 Pfd. Sterl. Guthaben des Staatsschatzes 6,726,000 Pfd. Sterl. Notenreserve 9,506,000 Pfd. Sterl.

Kiel, 16. Mai. Posten aus Christiania und Gothenburg vom 14. d. sind ausgeblieben. Ursache: Zugverspätung in Schweden.

Triest, 16. Mai. Der Lloydpostdampfer „Argo" ist aus Konstantinopel hier eingetroffen.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Mai 16., 17.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Morgens 6 Uhr.
Luftwärme	+ 20°,2	+ 14°,4	+ 10°,5
Luftdruck bei 0°	332''',08	333''',79	335''',07
Dunstdruck	4''',81	3''',69	3''',82
Dunstsättigung	46 pCt.	54 pCt.	77 pCt.
Wind	SW. 0.	NW. 3.	NW. 1.
Wetter	bezogen.	bedeckt.	wolkig.
Wärme der Oder			+ 14°,2

Breslau, 17. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 86 Cm. U.-P. — M. 12 Cm

Berliner Börse vom 16. Mai 1878.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	95,90 bz
Consolidirte Anleihe.	4½	104,90 bz
do. do. 1876	4	95,80 bz
Staats-Anleihe	4	95,60 bz
Staats-Schuldscheine	3½	92,25 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	136,00 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,10 bz
Pfandbriefe. Berliner	4½	101,30 bz
Pommersche	3½	83,30 G
do.	4	95,75 bzG
do.	4½	102,40 B
do. Ldsch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94,70 bzG
Schlesische	3½	85,75 G
Ldschaftl. Central	4	95,00 bz
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	96,10 G
Pommersche	4	95,40 G
Posensche	4	95 50 B
Preussische	4	95 50 G
Westfäl. u. Rhein.	4	97,90 bz
Sächsische	4	95,75 B
Schlesische	4	96,50 B
Badische Präm.-Anl.	4	118,90 bz
Baierische 4% Anleihe	4	120,75 bz
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	111,40 bz
Sächs. Rente von 1876	3	72,75 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 241,80 bzG
Badische 35 Fl.-Loose 135,70 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 81,00 B
Oldenburger Loose 137,25 bzG

Ducaten 9,57 B	Dollars 4,20 G
Sover. 20,34 bzG	Oest. Bkn. 166,95 bz
Napoleon 16,235 bz	do. Silbergd. — —
Imperials 16,66 G	Russ. Bkn. 198,60 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	107,60 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	94,20 bzG
do. do.	5	101,50 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	94,00 bzG
do. do. do.	5	100,20 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,10 G
Unkünd. do. (1872)	5	102,00 bzG
do. rückzb. à 110	5	106,90 bzB
do. do. do.	4½	98,75 G
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	101,00 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	100,00 bz
Hyp.-Anth. Nord-G. C-B	5	90,00 G
do. do. Pfandbr.	5	90,25 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	97,00 B
do. do. II. Em.	5	91,00 G
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	107,90 B
do. do. II. Em.	5	106,00 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	99,50 bz
do. 4½ do. do. m. 110	4½	92,00 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	104,80 G
Oest. Silberpfandbr.	5½	— —
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	33,25 G
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	91,50 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	98,25 G
do. do.	4½	93,25 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,80 G
do. do. 4½%	4½	98,30 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1. 1./7.	4⅕	53,50 bz
do. 1./4. 1./10.)		53,50 bz
do. Goldrente	4	59,40 bz
do. Papierrente	4⅕	51,50 B
do. 54er Präm.-Anl.	4	97,00 B
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	102,50 bzB
do. Credit-Loose	fr.	284,00 G
do. 64er Loose	fr.	243,00 G
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	141,50 bzB
do. do. 1866	5	140,00 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	69,50 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	68,50 B
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	— —
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	60,75 bzG
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	53,25 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	— —
do. do. 1885	6	99,10 G
do. 5% Anleihe	5	101,90 bzB
Ital. neue 5% Anleihe	5	71,10-20 bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	101,40 etbzG
Raab-Grazer 100Thlr. L	4	69,60 bzG
Rumänische Anleihe.	8	92,50 bz
Türkische Anleihe.	5	8,80 G
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	68,25 bz

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 36,40 bz
Türken-Loose 27,40 bzB

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	100 G
do. III. v. St. 3½ g.	3½	85,25 bzG
do. do. VI.	4½	99,75 B
do. Hess. Nordbahn.	5	103,60 bzG
Berlin-Görlitz	5	101,75 G bzG
do.	4½	91,50bGC85,50
Breslau-Freib. Lit. E F.	4½	— —
do. Lit. H.	4½	93,75 B
do. do. J.	4½	93,50 B
do. do. K.	4½	93,50 B
do. von 1876	5	101,40 G
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	93,50 bzB
do. Lit. B.	4½	100,00 G
do. IV.	4	94,00 G
do. V.	4	— —
Halle-Sorau-Guben	4½	101,20 bz
Hannover-Altenbeken.	4½	— —
Märkisch-Posener	5	101,50 G
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96,50 bzG
do. do. II. Ser.	4	95,25 G
do. do. Obl. I. u. II.	4	96,50 G
do. do. III. Ser.	4	96 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	92,50 G
do. D.	4	— —
do. E.	3½	85,00 bzG
do. F.	4½	100,20 G
do. G.	4½	99,50 G
do. H.	4½	101,10 bz
do. von 1869.	5	101,10 B
do. von 1873.	4	91,40 bz
do. von 1874.	4½	99,25 G
do. Brieg-Neisse	4½	98,00 G
do. Cosel-Oderb.	4	94 G
do. do.	5	103,10 B
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	— —
do. do.	4½	99,90 bz
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Chemnitz-Komotau	5	— —
Dux-Bodenbach	5	61,10 etbzG
do. II. Emission	5	53,60 G
Prag-Dux	fr.	18,60 bz
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	85,25 bz
do. do. neue	5	84,00 G
Kaschau-Oderberg	5	59,25 bzG
Ung. Nordostbahn	5	55,80 bzG
Ung. Ostbahn.	5	52,30 bzG
Lemberg-Czernowitz.	5	66,00 bzG
do. do. II	5	65,30 bzG
do. do. III.	5	58,70 G
Mährische Grenzbahn.	5	50,20 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	19,00 bzG
do. II.	fr.	16,10 G
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	64,00 bzG
Oesterr.-Französische	3	328,25bp.S.i.F.
do. do. II.	3	312,50 G "
do. südl. Staatsbahn.	3	233,90bp.S i.F.
do. neue	3	233,80 bz "
do. Obligationen	5	77,90 bz
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	73,60 bz
Warschau-Wien II.	5	95,00 G
do. III.	5	88,25 bzG
do. IV.	5	79,75 bz
do. V.	5	73,40 B

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	168,25 bz
do. do.	2 M.	3	167,35 bz
London 1 Lstr.	3 M.	3	20,27 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	2	81,00 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	5½	197,25 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	5½	197,75 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	166,70 bz
do. do.	2 M.	4½	165,50 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien

Divid. pro	1876	1877	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	—	4	17,75 bz
Berg.-Märkische.	3⅔	3⅓	4	71,50 bz
Berlin-Anhalt	6	5¾	4	86,00 bz
Berlin-Dresden	0	0	4	11,80 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	13,80 bz
Berlin-Hamburg.	11	11½	4	177,75 bz
Berl.-Potsd.-Magdb	3½	3½	4	73,00 bz
Berlin-Stettin	8⁹⁄₁₀	—	4	107,50 bz
Böhm. Westbahn.	5	5	5	71,30 G
Breslau-Freib.	5	—	4	61,25 bz
Cöln-Minden	5⅙	—	4	95-95,25 bz
Dux-Bodenbach. B	0	0	4	11,20 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	9	4	102,75 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	12,05 bz
Hannover-Altenb.	0	0	4	9,80 etbzG
Kaschau-Oderberg	4	—	5	43,00 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	—	5	46,50 bz
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	179,25 bz
Märk.-Posener	0	0	4	17,60 bz
Magdeb.-Halberst.	8	—	4	107,30 bzG
Mainz-Ludwigsh.	5	5	5	74,75 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	97,00 B
Oberschl. A. C. D. E.	9⅔	8½	3½	120,00 bzG
do. neue (50% Einz.)	—	—	5	— —
do. B.	9⅔	8½	3½	113,30 bzG
Oesterr.-Fr. St.-E.	5⅖	—	4	422-26,50 bz
Oest. Nordwestb.	5	—	5	174,00 bzG
Oest. Südb. (Lomb.)	0	—	4	119-19,50 bz
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	46,90 bz
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	6⅓	4	98,75 bz
Reichenberg-Pard.	4½	—	4½	31,50 bz
Rheinische	7½	—	4	105,25 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	94,00 bzG
Rhein-Nahe-Bahn.	0	0	4	1,80 bzG
Rumän. Eisenbahn	1	—	4	28,90 bzG
Schweiz Westbahn	⅗	—	4	13,75 G
Stargard-Posener	4½	4½	4½	100,90 bz
Thüringer Lit. A.	9¼	7½	4	110,60 bzG
Warschau-Wien.	6⅔	5	4	148,00 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	0	0	5	34,25 bzG
Breslau-Warschau	0	0	5	21,00 G
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	33,00 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	21,00 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	— —
Märkisch-Posener	2¾	4¾	5	80,00 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	70,75 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	100,50 bzG
Ostpr. Südbahn	5	5	5	89,25 bzG
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	6⅓	5	107,75 bz
Rumänier.	8	8	8	72,50 bzG
Saal-Bahn.	0	0	5	15,20 bz
Weimar-Gera.	0	0	5	— —

Bank-Papiere.

Alg. Deut. Hand.-G	0	2	4	32 G
AngloDeutscheBk.	0	0	4	29,25 G
Berl. Kassen-Ver.	10⁷⁄₁₂	8⁴⁄₁₅	4	139,00 G
Berl. Handels-Ges.	0	0	4	58,50 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	6½	6	4	80,50 B
Braunschw. Bank.	5	3	4	79,40 G
Bresl. Disc.-Bank.	4	3	4	55,75 G
Bresl. Wechslerb.	5⅔	5⅓	4	68,00 bzG
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	71,40 bz
Danziger Priv.-Bk.	7	0	4	103,00 G
Darmst. Creditbk.	6	6¾	4	106,80 bzG
Darmst. Zettelbk.	5¼	5¾	4	97,75 bzG
Deutsche Bank	6	6	4	91,00 bzG
do. Reichsbank	6⅛	6,29	4½	153,25 bz
do. Hyp.-B. Berlin	8	7½	4	87,10 G
Disc.-Comm.-Anth.	4	5	4	111,60 bz
do. ult.	4	5	4	111,50-12,25
Genossensch.-Bnk.	5½	5½	4	88,75 G
do. junge	5½	5½	4	94,00 G
Goth. Grundcredb.	8	8	4	101,00 bz
Hamb. Vereins-B.	10	10⁵⁄₉	4	122,60 G
Hannov. Bank	5¹⁴⁄₁₅	6	4	101,50 G
Königsb. Ver.-Bnk.	5⅓	6	4	82,50 G
Lndw.-B. Kwilecki.	5½	—	4	57,00 G
Leipz. Cred.-Anst.	6	5⅔	4	103,50 G
Luxemburg. Bank	6	6½	4	98,00 etbzG
Magdeburger do.	6	5⁹⁄₁₀	4	105,00 G
Meininger do.	2	2	4	74,50 bz
Nordd. Bank	8	8½	4	133,00 G
Nordd. Grundcr.-B.	8	5	4	69,25 G
Oberlausitzer Bk.	1⅔	3	4	67,00 G
Oest. Cred.-Actien	11⅙	8⅛	4	354½-57½
Posner Prov.-Bank	6½	6½	4	102,90 B
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	95,00 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	116,00 etbzG
Sächs. Bank	8	5¾	4	102,75 bz
Schl. Bank-Verein	5	5	4	76,30 bzG
Thüringer Bank.	0	—	4	75,25 bzG
Weimar. Bank	0	0	4	36,25 G
Wiener Unionsbk.	11¹¹⁄₂₄	3½	4	90,00 G

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	9,00 B
Berl. Bankverein	—	—	fr.	24 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	11,75 G
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	18,50 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	9	8	fr.	13 B
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	fr.	105,00 G
Schl. Vereinsbank	0	—	fr.	54,50 B

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd.-A.	0	—	fr.	565 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	3,00 bzG
do. Reichs-u. Co.-E.	0	0	4	68,50 B
Märk. Sch. Masch. G	0	0	4	12,75 bzG
Nordd. Gummifab.	5	4	4	— —
Westend. Com.-G.	0	—	fr.	— —
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12⅔	8	4	94,50 G
Schles. Feuervers.	18	25	4	835 B
Donnersmarkhütt.	2	—	4	19,00 G
Dortm. Union	0	—	4	5,90 bz
Königs- u. Laurah.	2	—	4	72,30 bz
Lauchhammer.	0	—	4	16,50 B
Marienhütte	6	—	4	43,25 bzG
OSchl. Eisenwerke	0	—	4	— —
Redenhütte	0	—	4	0,10 bzG
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	3,50 B
Schl. Zinkh.-Actien	7	—	4	84,50 bzG
do. St.-Pr.-Act.	7	—	4½	89,75 bzG
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	29,10 B
Vorwärtshütte	0	—	4	2,00 B
Baltischer Lloyd	—	—	fr.	5 B
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	2⅔	1	4	44,50 B
do. ver. Oelfabr.	3½	—	4	46,25 B
Erdm. Spinnerei	0	0	4	12,00 G
Görlitz. Eisenb.-B.	1¾	—	4	46,25 bzG
Hoffm's Wag. Fabr.	0	0	4	— —
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	0	4	29,10 etbzG
Schl. Leinenind.	5½	—	4	58,75 bzB
do. Porzellan	6	1½	4	34,50 B
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	29,50 B

Bank-Discont 4 pCt
Lombard-Zinsfuss 5 pCt

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Budapest, 16. Mai. Das Unterhaus nahm die Vorlage für die Bedeckung des 60 Millionencredits mit allen gegen die Stimmen der äußersten Linken an. Uermenyi hatte seinen Beschlußantrag zurückgezogen. Im Laufe der Debatte erklärte Tisza nochmals, die Monarchie betrachte die Angelegenheit der Balkanchristen als eine europäische, sie sei nach wie vor gesonnen, dieselbe einvernehmlich mit Europa zu regeln.

Versailles, 16. Mai. Die Kammer genehmigte den Gesetzentwurf, betreffend die Prämien und andere Vortheile, welche Unteroffiziere bei einer neuen Capitulation erhalten.

London, 16. Mai. Unterhaus. Croß erklärt in Beantwortung mehrerer bezüglicher Anfragen, zur Unterdrückung der Unruhen in Lancaster seien Maßregeln unnöthig gewesen, augenblicklich herrsche überall Ruhe, jedoch wurden noch Ruhestörungen befürchtet.

London, 17. Mai. In Blackburn wurden gestern zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern Unterhandlungen eingeleitet und schon heute wird ein Arrangement erhofft. Die Bedingungen dürften dahin gehen, daß die Arbeiter während dreier Monate mit einer zehnprocentigen Lohnreduction arbeiten, wogegen die Arbeitgeber versprechen, nach Ablauf dieser Zeit eine Erhöhung eintreten zu lassen, falls die Lage des Handels eine wesentliche Verbesserung aufweisen sollte.

Dover, 17. Mai. Der deutsche Kronprinz traf gestern Nachmittag mit den jüngsten Kindern ein, wurde vom Botschafter Münster empfangen und fuhr nach dem Dejeuner nach Windsor weiter.

Suez, 16. Mai. Heute sind die Transportschiffe „Goa" und „Athole" mit für Malta bestimmten Truppen hier eingetroffen; dieselben nehmen Mundvorräthe und Wasser ein, ehe sie die Weiterfahrt durch den Canal antreten.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

Petersburg, 15. Mai. Baron Stieglitz hat aus eigenen Mitteln den durch die Defraudation des Kassirers, Ex-Kammerjunkers Juchanzew, dem Russischen Gegenseitigen Bodencredit-Verein zugefügten Schaden von 2,123,000 Rubel baar ersetzt. Baron Stieglitz hatte seiner Zeit den Kammerjunker Juchanzew der Gesellschaft als Kassirer warm empfohlen und erklärte in einer Unterredung mit dem Präsidenten der Gesellschaft, Graf Heyden, nunmehr auch die Verantwortung für den Empfohlenen tragen zu wollen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(H. T. B.) **Paris**, 16. Mai, Abends. Boulevard-Verkehr. 3% Renten 74, 22, Neueste Anleihe de 1872 109, 90, Türken 1865 8, 87, Staatsbahn —, —, Neue Egypter 167, 50, Banque ottomane —, —, Italiener 72, 55, Chemins égyptiens —, —, österr. Goldrente —, —, ungar. Goldrente —, Spanier exter. 13, neueste Russen de 1877 78¾. Behauptet.

Frankfurt a. M., 16. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 407. Pariser Wechsel 81, 10. Wiener Wechsel 166, 90. Böhmische Westbahn 144. Elisabethbahn 141. Galizier 205¼. Franzosen*) 212¾. Lombarden*) 60¼. Nordwestbahn 87½. Silberrente 53½. Papierrente 51⅝. Goldrente 59¼. Ungar. Goldrente 70⅞. Italiener —. Russische Bodencredit 69¼. Russen 1872 76⅝. Neue russische Anleihe 75½. Amerikaner 1885 99¼. 1860er Loose 102⅜. 1864er Loose 245, 00. Creditactien*) 177⅞. Oesterr. Nationalbank 666, 00. Darmst. Bank 107⅝. Meininger Bank 74⅛. Hessische Ludwigsbahn 74. Ungarische Staatsloose 142, 00. do. Schatzanweisungen, alte, 99¼. do. Schatzanweisungen, neue, 90½. do. Ostbahn-Obligationen 60¾. Central-Pacific 102¼. Reichsbank 153. Silbercoupon —. Rudolfsbahnactien —. Deutsche Reichsanleihe 96. — Sehr fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 178½, Franzosen 213, Lombarden —, Galizier 205½, 1860er Loose —, ungarische Goldrente —, neueste Russen 75¹³⁄₁₆, Goldrente —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 16. Mai, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 114¾, Silberrente 53¾, Goldrente 59⅜, Credit-Actien 179, 1860er Loose 103, Franzosen 532, Lombarden 149, Italien. Rente 71¼, Neueste Russen 75⅞, Vereinsb. 123⅛, Laurahütte 71¼, Commerzbank 97, Norddeutsche 133¾, Anglo-deutsche 29¾, Intern. Bank 71, Amerikaner de 1885 96, Köln-Minden. St.-A. 95¾, Rhein. Eisenb. do. 105⅛, Berg.-Märk. do. 71¼, Disconto 2¾ pCt. — Schluß sehr fest.

Hamburg, 16. Mai, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine fest. Roggen loco flau, auf Termine fest. Weizen pr. Mai 223 Br., 222 Gd., per Juni-Juli per 1000 Kilo 217 Br., 216 Gd. Roggen per Mai 149 Br., 148 Gd., per Juni-Juli per 1000 Kilo 142½ Br., 141½ Gd. Hafer ruhig. Gerste still. Rüböl fest, loco 66½, pr. Mai per 200 Pfd. 66½. — Spiritus still, per Mai 43, pr. Juni-Juli 43¾, per Juli-August 44¾, per August-September pr. 1000 Liter 100% 45¾. — Kaffee lebhaft, Umsatz 4000 Sack. — Petroleum fest, Standard white loco 10, 75 Br., 10, 60 Gd., pr. Mai 10, 60 Gd., pr. August-December 11, 70 Gd. — Wetter: Veränderlich.

Liverpool, 16. Mai, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 3000 B. amerikanische.

Liverpool, 16. Mai, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Unverändert.

Middl. Upland 6, middl. Orleans 6¼, middl. fair Orleans 7⅜, middl. Mobile 6, fair Pernam 6⅜, fair Bahia 5¹⁵⁄₁₆, fair Maceio 6⅜, fair Maranham 6½, fair Rio 6⅛, middl. Egyptian 5½, fair Egyptian 6¾, good fair Egyptian 7, fair Smyrna 5½, fair Dhollerah 4¾, fully good fair Dhollerah 5½, middl. fair Dhollerah 4½, middl. Dhollerah 4, good middl. Dhollerah 4³⁄₁₆, fair Domra 4¹¹⁄₁₆, good fair Domra 5⅛, fair Scinde 4¹⁵⁄₁₆, fair Madras 5⁵⁄₁₆, fair Bengal 4¾, good fair Bengal 4⅞, fair Tinnevelly 5¾, fair Broach 5⅛. Futures ¹⁄₃₂ theurer.

Glasgow, 16. Mai. Roheisen 49⅝. Flau.

Pest, 16. Mai, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco schwaches Geschäft, Termine matt, per Herbst 10, 25 Gd., 10, 30 Br. — Hafer per Mai-Juni 6, 40 Gd., 6, 45 Br. — Mais, Banat, per Mai-Juni 7, 07 Gd., 7, 10 Br.

Paris, 16. Mai, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet, per Mai 32, 50, per Juni 32, 25, per Juli-Aug. 31, 75, per Sept.-December 29, 75. Mehl fest, pr. Mai 68, 25, per Juni 68, 00, pr. Juli-August 67, 75, pr. September-December 64, 75. Rüböl fest, per Mai 92, 50, per Juni 92, 75, per Juli-August 91, 00, per September-December 90, 00. Spiritus fest, per Mai 60, 75, per September-December 61, 00. — Wetter: Schön.

Paris, 16. Mai, Nachm. Rohzucker behauptet, Nr. 11/13 pr. Mai pr. 100 Klgr. 57, 00, Nr. 5 7/9 pr. Mai per 100 Kilogr. 63, 00. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Mai 66, 50, per Juni 66, 75, pr. Juli-August 66, 75.

London, 16. Mai. Havannazucker stetig.

Antwerpen, 16 Mai, Nachmittags 4 Uhr 30 M. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen flau. Hafer weichend. Gerste vernachlässigt.

Antwerpen, 16. Mai, Nachmittags 4 U. 30 M. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes. Type weiß, loco 26¼ bez. u. Br., per Juni 26¼ Br., per September 28 Br., per September-December 28¼ bez. — Behauptet.

Bremen, 16. Mai, Nachm. Petroleum steigend. (Schlußbericht.) Standard white loco 10, 80, pr. Juni 10, 80, per Juli 10, 95, pr. Septbr. 11, 30, per August-December 11, 50 bez.

Berlin, 16. Mai. [Producten-Bericht.] Das Wetter ist heute veränderlich, die Luft sehr warm. Die Baisse-Strömung hat die Preise für Roggen heute weiter fortgerissen und wenngleich die gekündigten 25,000 Ctr. wieder wie bisher willige Aufnahme fanden, ist es doch nicht länger zu bezweifeln, daß die Hausse-Operation aufgegeben und nur eine Erleichterung der Realisirung durch den fortgesetzten Widerstand gegenüber dem Druck der Waare bezweckt wird. Loco etwas mehr Handel zu billigeren aber unregelmäßigen Preisen. — Roggenmehl matt, doch nur wenig billiger. — Weizen, fest und besser bezahlt, schließt nach mäßigem Umsatz wieder matt. — Hafer loco flau. Termine sehr matt, Preise zu Gunsten der Käufer. — Rüböl wurde auf nahe Lieferung neuerdings etwas billiger verkauft, während Herbst sich eher höher verwerthen ließ. — Petroleum fester. — Spiritus war recht flau und besonders hat nahe Lieferung unter dem Druck der schlecht aufgenommenen Kündigung von 130,000 Liter im Werthe nachgegeben.

Weizen loco 180—235 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber märkischer — Mark, weißer uckermärk. — M., geringer gelber russ. 203 Mark ab Boden bez., per Mai — M. bez., per Mai-Juni 213 bis 214 M. bez., per Juni-Juli 213½—215—214 M. bez., per Juli-August 209—209½ Mark bez., per September-October 207½—208—207½ M. bez. Gekündigt 6000 Centner. Kündigungspreis 213½ Mark. — Roggen loco 125—148 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 125—133 Mark bez., fein. russ. — Mark, defect. russ. — M., inländ. 138—146 Mark, defect. inländ. — M. ab Bahn und Kahn bez., per Mai 138½—139—135—135½ M. bez., per Mai-Juni 138—139—134½—135 M. bez., per Juni-Juli 137½—138½—135½ M. bez., per Juli-August 138½ bis 140—137½—138 M. bez., per September-October 140—141½—140 M. bez. Gek. 25,000 Ctr. Kündigungspreis 137 M. — Gerste loco 115—200 M. nach Qualität gefordert. — Mais per 1000 Kilo loco alter 143—150 Mark nach Qualität bez., bessarab. 147 Mark, defecter bessarab. — Mark, amerikanischer — M. ab Bahn bez. — Hafer loco 100—165 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und west-preußischer 125—137 Mark bez., russischer 110—135 Mark bez., pommerscher 130—137 M. bez., schlesischer 130—137 Mark bez., böhmischer 130—138 M. bez., feiner weißer russischer 142—148 M., galiz. — M. ab Bahn bez., per Mai — Mark bez., per Mai-Juni 133½ M. bez., per Juni-Juli 133½ M. bez., per Juli-August 137 Mark bez., per September-October 140½—140 Mark bez. Gek. — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sack per Mai 19,60 M. bez., per Mai-Juni 19,60 M. bez., per Juni-Juli 19,70—19,60 M. bez., per Juli-August 19,90—19,75 Mark bez., per August-September — M. bez., per September-October 19,90 bis 19,95 Mark bez. Gekündigt 1500 Centner. Kündigungspreis 19,60 M. — Oelsaaten: Raps 310—330 M. bez., Rübsen 310 bis 325 M. bez. — Rüböl pro 100 Kilo loco ohne Faß 63,2 M. bez., mit Faß — M. bez., per Mai 63,5—63,1—63,4 M. bez., per Mai-Juni 63,3—63—63,2 Mark bez., per Juni-Juli — M. bez., per Juli-August — Mark bez., per September-October 61,9—62,3 Mark bez., per October-November 61,9—62,2 Mark bez. per November-December 61,9—62,2 M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Leinöl loco 62 M. bez. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 24,5 M. bez., per Mai 24 Mark bez., per Mai-Juni — M. bez., per September-October 25—25,2 M. bez., per Octbr.-November 25,6 bis 25,7 Mark bez., per Novbr.-Decbr. — M. bez., Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — M.

Spiritus loco „ohne Faß" 52,5—52,2 M. bez., per Mai 52,2—51,8 Mark bez., per Mai-Juni 52,2—51,8 Mark bez., per Juni-Juli 52,4—52,1 Mark bez., per Juli-August 53,4—53,2 Mark bez., per August-September 54—53,8 M. bez., per September-October 53,8—53,6 M. bez. Gekündigt 130000 Liter. Kündigungspreis 52 Mark.

\# **Breslau**, 17. Mai, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr im Allgemeinen schleppend, bei mäßigen Zufuhren Preise schwach preishaltend.

Weizen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 18,80 bis 20,60—21,50 Mark, gelber 18,70—19,70 bis 20,70 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in gedrückter Stimmung, pr. 100 Kilogr. 12,40—13,40 bis 13,90 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwache Kauflust, pr. 100 Kilogr. neue 13,30—14,50 Mark, weiße 15,40—16,40 Mark.

Hafer stark angeboten, pr. 100 Kilogr. neuer 11,10—12,30—13,00 bis 13,50 Mark.

Mais gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 11,40—12,00—13,50 Mark.

Erbsen schwächer angeboten, pr. 100 Kilogr. 14,00—15,00—17,00 Mark.

Bohnen ohne Angebot, pr. 100 Kilogr. 19,00—19,50 bis 20,00 Mark.

Lupinen, nur feine Qualitäten verkäuflich, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,10 bis 10,30—11,00 Mark, blaue 8,80—9,80—10,30 Mark.

Wicken schwach gefragt, pr. 100 Kilogr. 10,20—11—11,80 Mark.

Oelsaaten nominell.

Schlaglein in ruhiger Haltung.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.						
Schlag-Leinsaat	26	80	25	—	22	—
Winterraps	30	50	29	—	28	—
Winterrübsen	29	50	28	50	26	50
Sommerrübsen	28	25	26	50	25	—
Leindotter	25	—	24	—	21	—

Rapskuchen behauptet, pr. 50 Kilogr. 7,40—7,60 Mark.

Leinkuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 8,70—9,20 Mark.

Kleesamen nominell, rother pr. 50 Kilogr. 32—42—47—52 Mark, — weißer pr. 50 Kilogr. 40—48—57—65—70 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 15—19—20,50 Mark.

Mehl in matter Stimmung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 30,50—31,50 Mark, Roggen fein 21,00—22,00 Mark, Hausbacken 19,50—20,50 Mark, Roggen-Futtermehl 9,50—10,25 Mark, Weizenkleie 8,25—9,00 Mark.

Heu 2,50—2,80 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 19,00—21,50 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Vermischtes.

[Attentats-Nachwehen.] Die durch das Attentat überall hervorgerufene Aufregung scheint in einigen schwachen Köpfen beträchtlichen Wirrwarr angerichtet zu haben. Am Montag Abend wollte der 19jährige Kellner Müller aus Lautenburg mit Gewalt in das kaiserliche Palais dringen. Es war unmöglich ihn abzuweisen, weshalb seine Verhaftung erfolgen mußte. Wie sich herausstellte, betrachtet er es als seine Mission, den Kaiser zu beschützen. Nebenbei will er ihn „selig machen". Der junge Mann scheint ein religiöser Schwärmer zu sein, der seiner eigenen Sicherheit wegen vorläufig nicht entlassen worden ist.

Ein zweiter sonderbarer Vorfall ereignete sich auf dem Molkenmarkt. Ein entlassener sächsischer Schulmeister erhob bei dem Criminal-Commissariat Beschwerde gegen den Kaiser, weil derselbe ihm auf ein Unterstützungsgesuch nicht geantwortet habe. Man entließ den Mann mit dem Troste, daß eine Antwort schon eintreffen würde.

[So sind sie alle.] Der Peraer Correspondent für die „K. Z." schreibt Wie es scheint, hat das Coquettiren zwischen den türkischen Damen und den russischen Herren an den süßen Wassern von Europa den frommen Moslems und in Folge dessen der Polizei ein Aergerniß gegeben; denn in den türkischen Zeitungen wird heute der Besuch jenes Vergnügungsortes unter Androhung der strengsten gesetzlichen Strafen (man weiß nicht, welche das sein mögen!) verboten.

[Der Phonograph und der amerikanische Speculationstrieb.] Eine Newyorker Zeitung meldet: Wie verlautet, soll einer der ersten Unternehmer von Schaustellungen (Barnum?) die Errichtung eines aus sprechenden Wachsfiguren bestehenden Museums beabsichtigen. Zu diesem Zwecke würde im Innern einer jeden Figur ein Edison'scher Phonograph verborgen sein. Wollte man in dieser des guten Geschmacks ermangelnden Richtung noch weiter gehen, so könnte man auch sprechende Marionetten herstellen und von denselben ganze Theaterstücke aufführen lassen. Ein anderer speculativer Amerikaner hat gegenüber dem Professor Edison den Ausspruch gethan, daß, wenn die letzte Segenspendung des Papstes Pius IX. durch den Phonographen aufgenommen worden wäre, jeder Angehörige der römisch-katholischen Kirche, in welchem Theile der Welt er sich auch befinde, die Segensworte des Papstes hätte hören können, und daß durch den Verkauf der betreffenden Matrizen, zum Preise von 5 Dollars per Stück, ein großes Vermögen zu gewinnen gewesen wäre. Sodann spricht der betreffende Reporter über den Dampf-Phonographen Edison's, vom Erfinder Arrophane genannt, der im Gegensatze zu dem nur mit schwacher Stimme sprechenden Phonographen gewöhnlichster Construction die Stimmkraft eines Giganten besitzt. Dieses Instrument dürfte auf Schiffen und Locomotiven eine baldige Verwendung finden. Vielleicht wird es auch als Ausrufer in den Straßen verwendet werden, und es ist immerhin möglich, daß man vor Ablauf eines Jahres von einem einzigen Punkte aus in den Straßen Newyorks die Rufe der Zeitungsverschleißer und fliegenden Buchhändler vernehmen wird.

Sonnabend, am 11. Mai d. J., Nachmittag um 4 Uhr, verschied nach einem viermonatelangem Leiden unser inniggeliebter Sohn und Bruder, der Gefreite des 1. Pos. Inf.-Regt. **Emanuel Ronge**, in seinem noch nicht vollendeten 22. Lebensjahre zu Glatz. Sein biederer Charakter, seine Herzensgüte, sowie sein treuer Fleiß, werden im dauernden Andenken bei seinen Vorgesetzten sowie bei den Chefs, bei welchen er früher als Handlungscommis thätig war, bleiben. Dies zeigen tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Pleß O.-S., im Mai 1878.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.